

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Rote Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 20 Pf. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Fortsetzung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. Inhaber für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgehoben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
Telegrams-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 9. März 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Vom elendesten aller Wahlsysteme.

Es ist bekannt, daß das Wahlsystem, nach dem das preussische Abgeordnetenhaus gewählt wird, dem preussischen Volke durch die berücksichtigte Verordnung Mantouffels vom 30. Mai 1849 brutal aufzotropt worden ist, daß das ganze Wahlverfahren eigentlich einen verfassungswidrigen Zustand darstellt.

Durch verschiedene Gesetzesänderungen hat das Abgeordnetenhaus allerdings die Haltlosigkeit des Rechtsbodens, auf dem es steht, zu verdecken gesucht, doch die Fäulnis der ganzen Systems, die Kasse in seiner Kissen-Nische so grausam aufdeckte, kann dadurch nicht verhüllt werden.

Aber wir wollen uns über verfassungswidrige Streitfragen nicht aufregen. Unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung ist auf der Klassenherrschaft des Kapitals basirt, und es ist demnach im Grunde höchst gleichgültig, wie diese Machtfrage paragrafirt und in Gesetzesform gegossen ist. Daran kann und darf die Bourgeoisie nichts ändern, wenn sie ihre eigene Klassenherrschaft nicht untergraben will.

In dem ideologischen Rausch des „tolten Jahres“ empfand freilich die preussische Bourgeoisie noch peinlich den Konflikt zwischen der Verfassung und dem preussischen Wahlrecht. Aber der naive Kinder Glaube an die „Majestät“ des Gesetzes hat längst dem Bewußtsein von dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat Platz gemacht. Wenn es deshalb die liberale Bourgeoisie 1849 aus Freigebigkeit nicht wagte, den Konflikt im Sinne ihrer deklarirten Prinzipien zu lösen, so hat sie sich heute längst mit diesem Konflikt ausgesöhnt, garantiert das preussische Dreiklassen-Wahlsystem doch vorzüglich die Interessenvertretung des industriellen und agrarischen Großkapitals und schließt es doch das Proletariat vollständig von der Theilnahme an der Gesetzgebung im preussischen Landtage aus. Daher die eigenthümliche Erscheinung, daß selbst die Freisinnigen es nicht wagen, energisch die Art an dem plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlsystems zu legen, daß sie, im Bunde mit dem Zentrum und einem Theil der Nationalliberalen, nur dahin wirken, durch das neue Wahlgesetz vom 23. Juni 1893 den Verschiebungen in den Wohlstandsverhältnissen in einer solchen Form zu folgen, daß die Parallellität zwischen der politischen Entrechtung der breiten Volksklassen und deren ökonomischer Abhängigkeit nicht allzu augenscheinlich werde.

Das gegenwärtig tagende Abgeordnetenhaus ist nun zwar noch nach der Novelle von 1891 gewählt, aber da eine wichtige Bestimmung dieser Novelle, nämlich die Theilnahme der Wähler nach Urwahlbezirken (innerhalb der Wahlkreise), unverändert in das neue Wahlgesetz aufgenommen worden ist, so entfallen die statistischen Nachrichten über die Landtagswahlen von 1893 bereits deutlich genug, daß nicht die Arbeit, auch nicht die Bildung, nicht einmal der „ständische Rang“, sondern einzig und allein der Besitz einen Einfluß auf die Gesetzgebung ausübt; daß das Dreiklassen-Wahlsystem eine brutale Vergeewaltigung der besitzlosen Klassen zu Gunsten der Besitzenden ist. — Im Augenblick hat allerdings der Besitz schlechthin noch das Vortrecht, nach dem Gesetze von 1893, daß am 1. April 1895 in Kraft tritt, vor allem aber der Großgrundbesitz des Ostens, das feudale Junkertum Ostprelens... wie sich das übrigens gemäß der Entstehungsgeschichte des preussischen Staates von selbst versteht.

Die Zahlen verlieren auch nichts an Werth dadurch, daß sie erst mit einer Verspätung von fast zwei Jahren publizirt werden, — was sie uns enthüllen können, ist ja im Grunde nichts neues; aber weil sie das Bild, das wir nun einmal von der Klassenherrschaft der Bourgeoisie haben, so schön abrunden, seien einige von ihnen zu Ruh und Frommen derer hier aufgeführt, die noch an die labo convenus von der Rechtsgleichheit aller Bürger glauben.

Charakteristisch ist schon die Vertheilung der Urwähler in die drei Wählerklassen. In der ersten Abtheilung waren 3,52 pCt., in der zweiten 12,06 pCt., und in der dritten 84,42 pCt. vorhanden. Das heißt: unter besonders ungünstigen Umständen wären 9,56 pCt. aller Wähler (die erste Abtheilung und eine Kleinigkeit über die Hälfte der zweiten) im Stande, kraft ihres Besitzes 90,44 pCt. der Wähler zu überstimmen, sie politisch einflußlos zu machen.

Da 1893 5 989 538 Wahlberechtigte vorhanden waren, so hatten also 572 599 Personen genau denselben Einfluß wie die 5 416 939 übrigen. — In den Städten war das Mißverhältnis noch stärker als auf dem platten Lande. — Nun ist das ja allerdings ein exceptionell trauriger Fall, der dazu noch singirt ist. Aber in der Wirklichkeit wird er beinahe erreicht! Denn es ist klar, daß diejenigen Kreise, die auf den Ausgang der Wahl an sich einen nur minimalen Einfluß besitzen, sich schon deshalb, von anderen Gründen ganz abgesehen, der Wahl enthalten. In der That beteiligten sich in der I. Abtheilung zwar noch 48,13 pCt., in der II. aber bloß noch 32,05 pCt., in der III. gar nur 15,21 pCt. und überhaupt nur 18,40 pCt. der Wähler an den Wahlen. Von 5 989 538 Wahlberechtigten stimmten nur 1 102 309! Von den abgegebenen Stimmen entfielen 80,05 pCt. auf die gewählten Wahlmänner, und von den 108 182 stimmberechtigten Wahlmännern mit 212 978 Stimmen wurden nur 150 987 Stimmen oder 70,9 pCt. auf die gewählten Abgeordneten abgegeben; mit anderen Worten heißt das: nur die Stimme von 18,40 x 0,801 x 0,709 = 11 pCt. aller Wahlberechtigten, also fast $\frac{1}{10}$, hatte Einfluß auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die unterste Grenze der Möglichkeit wird durch das thatsächliche Verhältniß also beinahe erreicht.

Das ist doch wohl die schärfste Kritik, die an einem Wahlsystem von diesem selbst ausgeht werden kann! Prof. Oestlin nennt zwar trotzdem das Dreiklassen-Wahlsystem ein Proportionalverfahren, aber jemand anderes als ein Nationalliberaler würde sich auch wohl kaum bereit finden, das plutokratische aller Wahlsysteme mit solchen Mäßen zu verteidigen. Wie plutokratisch das Dreiklassen-Wahlsystem ist, geht am besten daraus hervor, daß in der I. Abth. 5,77 Urwähler mit 299 M. durchschnittlicher Steuerleistung, in der II. Abth. 19,25 Urwähler mit 74 M. Steuern, in der III. Abth. 188,38 Urwähler mit 10 M. Steuern auf je einen Wahlmann entfallen. — Aber wie „in Oesterreich der Kapitalismus herrscht, gemildert durch Schlamperie“, so in Preußen der Kapitalismus, karrikirt

*) In der Stadt: auf dem Lande:

	auf einen Wahlmann:	
in der I. Abth. 4,30 Urw. mit 570,82 M.	6,78 Urw. mit 180 M.	
„ II. „ 15,24 „ 142,92 „ 21,80 „ 42,43 „		
„ III. „ 138,17 „ 15,23 „ 139,25 „ 6,79 „		

und wir streichen sicher und ohne Aufregung das Geld ein... „Allerdings, Pancho... ein guter Gedanke war es... weiß der Teufel; wo Sie das immer aushecken... befreitirt am vergangenen Sonnabend den Peso Papier zum Werth von zwei Reales... kauften zusammen, was sich zusammenlaufen ließ... Heute haben wir ihn wieder auf acht Real gestellt... ist ein Nettoerwerb von sechs Real auf den Peso... Wenn wir das noch so einige Wochen fortsetzen, können wir das Geschäft mit einer schönen Bilanz abschließen. Machten schöne Augen die fremden Kaufleute, als ich sie zwang, die Zettel nach meinem Gutdünken anzunehmen... am Hafen der Italiener weigerte sich, forderte Silber oder Gold, wollte absolut für keinen Real Papiergeld annehmen... hab' ihn aber gleich in Eisen schließen lassen, und seit der Zeit weigert sich keine Seele mehr...“

„Haben auch ganz schön verdient am Kupfergeld; können sich nicht beklagen; soll jedes Stück einen Viertel Real werth sein... sieht wenigstens so drauf... und am Monopol auf Salz und Tabak...“

„Schwerenoth... bei dem Tabak fällt mir es ein, daß es doch ein nichtswürdiges Volk ist in Barrero Grande. Hatte Nachricht, daß gegen 30 000 Arceben Tabak dort liegen, die man verborgen hält und den Kommissären nicht aushändigt... Schickte die vergangene Woche einen Kapitän hin, mit sechs Soldaten; hatte dem Kapitän ein schönes Trinkgeld versprochen, wenn er mir den Tabak andrächte; kommt unverrichteter Sache zurück... haben ihn seine Soldaten halb todt geschlagen... sieht eben noch immer Rivarola dort...“

„Warum sind Sie so eilig... der Tabak entgeht Ihnen ja doch nicht; er muß ja auf alle Fälle durch Afsuncion, wenn er außer Landes gehen will und können ihn dann mit aller Gemüthsruhe in Beschlag nehmen... haben Sie übrigens etwas weiteres von Rivarola und Godoy gehört? Ich für meine Person bin ganz und gar nicht auf dem Laufenden mit ihnen...“

durch den Bureaokratismus. Während man nämlich in einem Wahlbezirk bereits mit 5 M. Steuern und in 9 andern mit 5 bis 20 M. Steuern bereits in der ersten Abtheilung wählte, gab es 575 Urwahlbezirke, in denen man mit 300—10 000 M. Steuern noch in der dritten Klasse rangirte.

Der ganze bureaukratische Widerstand des Dreiklassenwahlsystems kommt am drastischsten zum Ausdruck, wenn man die Verhältnisse in einer einzelnen Stadt wie Berlin betrachtet. „In der Breitenstraße, deren Häuser zu verschiedenen Urwahlbezirken gehören, ist man mit einem Steuerfah von 147 M. im Hause Nr. 7 in der dritten Wählerklasse, im Hause Nr. 8 in der zweiten und ein paar Häuser weiter, am Kölnischen Fischmarkt in der ersten! In der Voltstraße (58. Urwahlbezirk) bildeten zwei Vertreter des Großhandels und der Großindustrie die I. Wählerklasse; vier Vertreter des Großhandels und der Großindustrie und ein Rittergutsbesitzer bildeten die II. Wählerklasse. Alle übrigen Wähler, darunter der Reichsfinanzler Caprivi, drei Minister, eine Anzahl Geheimer Kommerzienräthe, Bankiers u. bildeten mit ihren Kammerdienern, Lakaien, Portiers, Heizern u. die III. Klasse. Von den neun wahlberechtigten Ministern wählte nicht einer in der ersten Klasse!“

Aber das ist nur eine Satire auf den „Geist“ des Dreiklassen-Wahlsystems, das dadurch natürlich trocken an plutokratischen Charakter nichts einbüßt. — Auf jeder Seite der Wahlsatire finden sich ganz ähnliche Züge. In seiner vollen Schönheit tritt dieses Wahlsystem aber zu tage, wenn wir erfahren, daß 8000 Wahlbezirke vorhanden waren (von 24 150 überhaupt), wo in der ersten Abtheilung nur 1 bis 2 Urwähler, und 196 Wahlbezirke, wo in der zweiten Abtheilung nur 1 bis 2 Urwähler vorhanden waren. Das Wahlrecht ist in diesem Falle einfach zum Ernennungsrecht geworden! Selbst euragirte Anhänger des Dreiklassen-Wahlsystems fühlen die Poffenhaftigkeit eines solchen Wahlrechtes, und selbst der Exminister Herrfurth illustrierte in der „Deutschen Revue“ drastisch den Wahn dieses Wahlsystems mit den Worten: „Wenn ein solcher Wahlberechtigter mit monopolisirtem Wahlrechte sich selbst wählt, die Wahl ablehnt und erst, nachdem er bei Wiederholung der Wahl sich nochmals die Stimme gehend, das Mandat annimmt, „geehrt von dem Vertrauen der Mitbürger“, wenn ein anderer, welcher zwei Wahlmänner zu ernennen hat, je einen aus jeder der beiden sich scharf gegenüberstehenden Parteien wählt, um als kluger Geschäftsmann es mit keiner derselben zu verderben, wenn zwei Wahlberechtigte entgegengesetzter Parteien, welche allein in der ersten Klasse wählen, um nicht das Loos entscheiden lassen zu müssen, vorher auszuwählen, wer von beiden sich der Wahl enthalten soll, so sind das Wahlscherze, welche das Ansehen des ganzen Wahlsystems zu gefährden geeignet sind, und welche unmöglich zu machen im öffentlichen Interesse geboten erscheint.“

Im gewöhnlichen Leben tödtet allerdings die Lächerlichkeit, es scheint aber, daß sich die im Besitz der Macht befindlichen Parteien trotz dieser Farce auf ein Wahlrecht in vollster Sicherheit vor jedem proletarischen Ansturm fühlen. Vielleicht fährt auch gerade die Theilnahmslosigkeit breiter Volksmassen an den Landtagswahlen zu diesem naiven Glauben. — Theilnahmslos aber stehen in der That die Wähler ihrem Wahlrechte gegenüber. In 802 Wahlbezirken konnten wegen mangels an Theilnehmung

„Um... im großen ganzen mögen sie wohl eingesehen haben, daß sie zur Zeit nicht was Rechtes machen können und halten sich darum zurückgezogen in ihren Wäldern. Ich habe allerdings, das muß ich Ihnen gestehen, eine eigenthümliche Furcht vor diesen Leuten; weniger vor Rivarola, das ist eine dumme Haut; aber ich kann meine Gedanken an diesen Rivanor nicht los werden. Das ist ein Mensch, der unbestechlich ist, nicht einmal mit Worten kann man es thun...“

„Kommen heute doch auf meinen Ball, Francisco, gute Freunde entbehrt man nicht gern... Habe der guten Concepcion absolut den Gefallen thun müssen, zu ihrem Namenstage die halbe Stadt einzuladen...“

„Gewiß, Excellenz, ist ja eine große Ehre für mich...“
Der Präsident nickte seinem persönlichen Adjutanten, dem vorhin erwähnten Mörder mit dem Bullenbeißergesicht und verschwand aus der Apotheke, nachdem er Herrn Guanes kräftig die Hand geschüttelt, und wurde von diesem respektvoll bis an die Thüre begleitet.

Der Apotheker schaute ihm, leise vor sich hin pfeifend, eine Weile nach; dann murmelte er beim Zurückgehen in den Laden:

„Ist arg led geworden, Herr Bantista; fängt an auf eigene Hand zu arbeiten. Wohl bekomme es ihm.“

Abends gab es großen Ball im Hause von Gill. Das ganze Haus war erleuchtet. Im Garten spielten abwechselnd zwei Musikchöre, und die ganzen Spitzen der Behörden, die feinste Gesellschaft aus den Privatkreisen füllte die Zimmer. Herr Gill in Person ging auf und ab und machte mit lebenswürdigem Lächeln die Honneurs. Hier drückte er einem Herrn mit würdiger Zuorkommenheit die Hand, dort sagte er einer jungen Dame eine Schmeichelei, lud zum Tanz ein und animirte zum Trinken. Frau Concepcion tanzte fleißig.

In einem Hinterzimmer saß der Oberst Meza an einem Tische. Er hatte die Bewachungsmannschaft zu befehligen, die man der Vorsicht wegen im Hause vertheilt hatte. Er hatte eine große Cognakflasche vor sich stehen, aus der er

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt

südamerikanischer Geschichte.

„Schlecht, schlecht, Excellenz... Sie mögen alles machen, was Ihnen behagt... Sie mögen fremde Weiber nehmen... Sie mögen meinetwegen hier und da auch einen Unzufriedenen den Ausgang aus dem Diesseits erleichtern, aber eins lassen Sie unangetastet... Sie wissen wie bigott unsere Weiber sind, und welchen Einfluß die Pfaffen auf sie haben... sind meistens noch dazu hungrige Neapolitaner, die sich nicht gerne einen Centavo aus der Hand nehmen lassen. Ich in Ihrer Stelle hätte dem wunderthätigen Bild in Caacupé eher noch einen Brillantschmuck geschenkt unter allerlei Pomp und Aufwand, und Sie hätten sich Freunde unter diesen Kerlen erworben. Statt dessen gehen Sie hin und plündern ihre ganze Kasse... Sie wissen wie viel das Bild schon geheilt hat... Alle Kranke und Gebrechliche pilgern dorthin. Der Pfaffe in Caacupé schrie Jeter; die ganze Pfaffenchaft im Lande und mit ihr alle alten Weiber und zum Schluß auch alle alten Männer werden dasselbe thun... Schauen Sie, wie man das Ihnen brühwarm im Pamphlet auf-tischt... einem dummen Volk darf man an seinen Aberglauben absolut nicht tasten... Alles andere lassen sie sich gefallen... Wie sich dagegen meine Erfindung bewährt hat, der Zwangskurs bei dem wenigen Papiergeld, das wir besitzen; er hat uns in den drei Monaten, in denen er in Geltung ist, schon mehr eingebracht, als alle Juwelen der wunderthätigen Jungfrau... und macht kein böses Blut; höchstens klagt man über die schlechten Zeiten, die Krisis, über Gott weiß was mehr,

Wahlen überhaupt nicht zu Stande kommen, in 1789 anderen

Table with 4 columns: Province, Electors, Deputies, Total. Includes entries for Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien, Rheinland, Hessen-Nassau, Brandenburg.

Die Gruppirung der einzelnen Landesheile ist offenbar keine zufällige; je fortgeschrittener die Bevölkerung eines Landesheiles ist, desto weniger interessiert sie sich für ein so fables Possenspiel, wie es die Landtagswahl ist — ganz abgesehen davon, daß sich die Arbeiter schon durch den Zwang der offenen Stimmabgabe in der Exilienz bedroht fühlen — und wir sehen die betreffenden Landesheile deshalb auch weit unter dem Durchschnitt rangiren.

Die große Masse dagegen hat jedes Interesse an den Landtagswahlen verloren, die so ohne Aufregung an ihnen vorübergehen, wie die langweiligen und einseitigen Landtagsvorhandlungen an ihnen vorüberziehen. Wehe dem Staate aber, dessen Volk kein Interesse an der Regierung mehr nimmt!

Politische Uebersicht.

Im Reichstage wurde heute die Spezialdebatte über den Militäretat fortgesetzt. Unsere Genossen Bebel und v. Dollmar brachten eine Reihe von Beschwerden vor, die schon in früheren Jahren erörtert wurden, ohne zur Abstellung der gerügten Zustände geführt zu haben.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute zuerst in der Debatte über den Etat der Bauverwaltung fortgefahren, wobei es zu einer etwas erregten Auseinandersetzung zwischen dem Geh. Ober-Regierungsrath Samp und dem Abg. Gothein kam und bei welcher Gelegenheit derselbe Herr Samp der sozialdemokratischen Presse das Zeugniß gab, die bürgerliche Presse in vielen Fällen an journalistischem Anstand weit zu überbieten.

Bundesrath. In der letzten Sitzung des Bundesraths wurde ferner dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Erhöhung der Weinsteuern für Feigen, Johannisbrot- und Tamarinden-Weine die Zustimmung ertheilt.

Die Stichwahl im Kreise Eschwege-Schmalkalden ist vom 14. auf den 18. März verlegt. — Nun, der 18. März ist für uns entschieden ein Tag von guter Bedeutung. Da können wir unseren Gegnern, den National-liberalen und Antisemiten, die kleine Galgenfrist schon gönnen.

Seid ungemein ausgeräumt, Oberst," sagte der Apotheker zu ihm, der in einem unscheinbaren Anzuge auf dem Balle erschienen war, obwohl Ihr nicht tanzt.

"Ich und tanzen," entgegnete lachend der Oberst, "mit meinen alten Wunden aus dem Kriege, schone auch nicht so herzlich aus, wie diese jungen Singer, die sich dort herumschwelen."

"Dann geht's Euch genau so, wie mir selber... bin auch kein Freund vom Tanzen... gestatten Sie mir, daß ich mich zu Ihnen setze; haben einen guten Ueberblick von hier aus und wie es scheint einen leidlichen Tropfen in der Flasche."

"Kognak, mein Leibgetränk," sagte der Oberst, mit der Zunge schnalzend, "will nichts von dem faden Zeug hier wissen, dem süßen Champagner, den der Präsident heute kredenzt... Ah, guten Abend, werther Schwager, Herr General... sehen Sie den alten Schwerenöcher... versicherte mir vor einer Stunde noch, daß er großes Kopfweh hätte und nicht erscheinen könne... da kommt er doch... sehr guten Abend, Bernardino..."

"Bin auch nicht gekommen, um zu tanzen," erwiderte der General, indem er sich zu den Frauen an den Tisch setzte, "will nur eine kleine Stunde zuschauen und dann davon gehen..."

"Gewiß, er ist es", entgegnete der General, nachdem er hingesehen, "wie der da hinkommt... sieht übrigens verzeihlich bloß und schmal aus... geht der auch über; hätte das nie geglaubt... die Godoy's sind im allgemeinen gar zähe Burische."

"Was willst Du", meinte der Oberst, der den jungen Mann unausgesehen mit den Augen verfolgte, "wird am Ende auch eingesehen haben, daß es besser ist, in Funktion bei Banti'sta Champagner zu trinken, als im Kamp Messer

welcher beschloffen wurde, daß sie die Flugblätter für Iskraut möglichst persönlich verbreiten und bei dieser Gelegenheit den Wählern das Schwere eines sozialdemokratischen Wahlsieges vor Augen führen sollten. Außerdem sollte nicht verfehlt werden, von der Kanzel herab auf die sozialdemokratischen Irrlehren hinzuweisen und die Gläubigen vor der Verführungslust der Nothen zu warnen. Nun, unsere Genossen werden dafür sorgen, daß sie sich verrechnen. Es haben wieder eine Anzahl Versammlungen stattgefunden, die alle gut verliefen. Gleichfalls wurde ein Flugblatt verbreitet, das seine Wirkung auf die Bevölkerung nicht verfehlen wird. — Wir rechnen zuversichtlich darauf, am 18. März den Sieg über die vereinten Gegner zu wiederholen und zu erneuern.

Die Umsturzkommission kam gelegentlich der Abstimmung über den neuen § 130 insofern zu einem negativen Erfolge, als sämtliche Abänderungen mit mehr oder minder großen Mehrheiten und schließlich der Paragraph der Regierungsvorlage einstimmig abgelehnt wurde.

Dieses Ergebnis der ersten Lesung des wichtigsten Paragraphen der ganzen Vorlage müßte als ein sehr erfreuliches bezeichnet werden, wenn es sich nicht eben um die erste Lesung handelte und wenn der nicht eine zweite Lesung folgen würde.

Für diese aber steht mit ziemlicher Sicherheit ein Kompromiß zwischen den Konservativen und dem Zentrum auf der Grundlage des jetzt abgelehnten Antrags des Grafen von Noen in Aussicht, und damit ist der wesentliche Inhalt der Umsturzvorlage für die Reaktion gerettet. Zweifelhaft ist nur noch, ob das Zentrum die Gesinnungslosigkeit so weit treibt, daß es, um den Nationalliberalen die Zustimmung zu erleichtern, den liberalen und gottesglaubnerischen Professoren die Schimpffreiheit auch für die Zukunft sichert, wie dies der Abgeordnete Cuneoerns mit seinem Antrage will. Giebt das Zentrum in diesem Punkte nach, wodurch dann allerdings die Ausführungen seiner Redner Erdröber und Spahn im Plenum sich als elende Plunkerereien erweisen würden, dann ist jetzt schon eine große Mehrheit für die Umsturzvorlage, wie sie unter Zustimmung der Regierung aus der Kommission hervorgehen wird, gesichert.

Professor Sohm und die Umsturzvorlage. Die „Köln. Volksztg.“ hält es angeht die Umsturzvorlage, zu der ihre Parteigenossen Paragraphen austüfteln helfen, für zeitgemäß, Sätze aus einem Artikel abzudrucken, welchen der konservative Leipziger Rechtsprofessor Sohm im Jahre 1887 in der „Allgemeinen konservativen Monatschrift“ veröffentlicht hat. Der Gelehrte schrieb damals:

„Aus der Entdeckung des 19. Jahrhunderts, daß die Materie Welt ist, ist eine juchende Moral hervorgegangen: der Kampf um das Dasein ist das Weltgesetz und zugleich das Entwicklungsgesetz. Wer übrig bleibt im Kampf ums Dasein, der hat Recht gehabt. Nicht ist Recht. Giebt es keinen Gott und keinen Geist und kein ewiges Leben, so giebt es auch keine Religion und keine Sittlichkeit und kein Recht.“

und dabei noch die Hade zu führen... unsere Jugend macht Fortschritte in der Zivilisation..."

"Fixire den Menschen nicht so," rief der General... "Du bist wohl heute Polizeiminister und fürchtest, daß jeder einen Revolver in der Tasche trägt, um Deinem Patron zu Leibe zu gehen..."

"Allerdings siehst du heute Abend mit meinen Jungens für seine Exzellenz ein und habe deshalb gegen jeden Mißtrauen zu begen... Wer weiß, was Du im Sinne hast... siehst auch ganz revolutionär aus... hätte Dich, meinte er jovial, "ich arreire Dich auf der Stelle... heute hat ein Oberst einem General zu gebieten... siehst mißvergünstigt aus wie ein politischer Mörder..."

Der General schien keine Lust zu haben, auf den Scherz einzugehen und zuckte nur leicht mit den Achseln.

"Nichts für ungut, Schwager, für den kleinen Scherz..."

"Sehen Sie, General," ergriff der Apotheker das Wort, der aufmerksam die Tanzenden verfolgte, "ist doch das schönste Paar im ganzen Saal, der junge Godoy und die Präsidentin... tanzt eben mit ihm... wie sie sich an ihn schmiegt. Ein klein wenig zu stark fängt die kleine Concepcion nur zu werden an... ja, ja, seine Exzellenz tanzt nicht mehr, ist ihm schon zu beschwerlich... wahrhaftig, ein schönes Paar... weiß Gott, wie der Junge da draußen sich ausgewachsen hat. Concepcion scheint auch recht vergnügt zu sein mit ihm... wie sie ihn anlächelt... ist eine schöne Frau..."

Der General schaute mit einem finsternen Blick nach der Richtung hin, wo Frau Concepcion mit Silvano Godoy tanzte; aber er sagte nichts.

"Wissen Sie," fuhr der Apotheker fort, "daß Frau Concepcion besser Politik macht als ihre Exzellenz... ist ein wenig kokett und wird auf diese Art die ganzen Mißvergünstigten einfangen... sehe schon, wie auch Nicanor antommen wird. Alle Wetter, eine Frau, die mir gefällt... ja wohl, meine Herren, das ist das AOC in der Politik, die Weiber... wer das Glück hat unter den Diplomaten, eine schöne Frau zu haben, der macht stets seine Rechnung..."

Der General stand rasch auf und verschwand im Tanzsaal. (Fortf. folgt.)

Herzen. Wenn sie gebären wird, so wird das Kind, welches sie mit ihrem Blut genährt hat, seine eigene Mutter umbringen."

Tappere Künstler! In der am 5. d. M. abgehaltenen General-Versammlung des Vereins Berliner Künstler wurde nach der „Volks-Zeitung“ ein Antrag auf Erlass einer Petition gegen das Umsturzgesetz abgelehnt, als nicht in den Rahmen des Vereins gehörig. Dieser Beschluß steht auf derselben Höhe, oder richtiger gesagt, ist ebenso feig, wie derjenige des Vorstandes des Vereins „Berliner Presse“.

Wirkung der Tabaksteuer-Vorlage. Ein Garderobengeschäft in Berlin schickte der „Freis. Ztg.“ einen Originalbrief aus Bünde i. W. In demselben werden die für Mai in Aussicht gegebenen Lieferungen zurückgenommen, weil die Tabaksteuer-Vorlage eingebracht sei und alsdann sämtliche Arbeiter in Bünde entlassen werden müßten.

Die Errichtung einer Landwirtschaftskammer für Westpreußen wurde vom Provinzial-Landtag mit großer Mehrheit beschlossen.

Zum Duellknug schreibt der „Reichsbote“:

Das Duell muß sich allmählig durch seine professionelle Entartung überleben. Dem markanten Fall, wo sich jüngst in Posen zwei Kantsrichter über die Polenfrage duellirten, schließt sich ein ähnlicher in Dresden an, wo ein Gerichtspräsident einen Richter forderte, weil er sich durch eine amtliche Rüge desselben beleidigt fühlte. Der betreffende Referendar gerieth in einer Sitzung mit dem Vertreter der Gegenpartei, der früher Bürgermeister gewesen, in eine Kontroverse und äußerte dabei zu dem älteren Kollegen: „Um das zu verstehen, braucht man nicht erst Bürgermeister gewesen zu sein.“ Der Vorsitzende rißte diese Aeußerung mit den Worten: „Ich verbitte derartige persönliche Bemerkungen.“ Dafür verlangte der Referendar dann „Genugthuung“ von dem Richter, wurde aber vernünftigerweise abgewiesen und jetzt mit 3 Monaten Festungshaft bestraft. Aus seiner Vergangenheit wurde festgestellt, daß er seinerzeit Korpsstudent gewesen ist und zahlreiche Ehrenhäuel ausgefodert hat, darunter auch ein Pistolenduell in Leipzig, bei dem er seinen Gegner schwer verwundete. Ferner hat er nach Ableistung seines Militärdienstjahres in Würzburg mit einigen Offizieren seines Truppendeils Söldenuele ausgefodert. Nach seiner Anstellung als Referendar hat er schon einen Affessor und einen Referendar, von denen er sich ebenfalls durch Aeußerungen im dienstlichen Verkehr beleidigt fühlte, auf Pistolen bzw. Säbel ohne Binden und Bandagen gefodert. — Wie kann ein solcher Mann geeignet sein, dereinst als Richter über die Gesetze des Staates, welche den Zweikampf verbieten, zu wachen?

Wie? Nun genau so wie es jetzt geschieht. Denn neun Zehntel sämtlicher Richter in Deutschland sind prinzipielle Verehrer des blüthigen Duellknugs.

Zum „nationalen“ Aprilscherz. Von verschiedenen Seiten werden wir ersucht, gegen den Reklamerunmel der Bismarck'schen Geschäfts-Interessenten Front zu machen. Aber wozu? Wir können niemand verhindern, sich lächerlich und verächtlich zu machen, und — offen gestanden — halten wir es für recht nützlich, daß am nächsten „Marrentag“ sich einmal alles sammelt, was in Deutschland an Massenmord, Großformwucher, Schienenflückeri, Ausraubung des armen Mannes, Millionärzuchterei, politischer Fälschung und Brunnengiftung, Knebelgesetzen und sonstigen Barbareien und Gemeinheiten Freude hat.

Sehr lieb wäre es uns auch, wenn dem Wunsche der betreffenden Geschäfts-Interessenten entsprochen und die Frage, ob dem „Redakteur“ der Emser Depesche ein spezielles „Reichs-Ehrenbürgerrecht“ zu verleihen sei, im Reichstag zur Verhandlung gebracht würde. Unsere Abgeordneten hätten dann herrliche Gelegenheit, die „Verdienste“ jenes Redakteurs nach den beiden Richtungen der Bedeutung dieses Wortes aufzählen und beleuchten zu können.

Württembergischer Landtag. Seit drei Tagen wird jetzt über die Adresse an den König debattirt, ohne daß man zu Ende gelangt ist. In der Mittwochssitzung kam Genosse Klob noch mehr als die Rede des Ministers Bissel zurick. „Wenn der Minister meinte, daß in absehbarer Zeit die rote Fahne auf den Rathhäusern dem roten Hahn Platz machen werde, so möchte er (Klob) bemerken, daß der rote Hahn ganz aus der Mode gekommen sei, seitdem die Vorzeichen des jetzigen Adels ihn nicht mehr den Bürgern und Bauern auf das Dach stecken.“ In der Donnerstagssitzung wurde Ziffer 13—21 des Adressentwurfs erledigt, ohne nennenswerthe Debatten hervorzurufen und ist zu hoffen, daß am Freitag die Adresse erledigt werden wird, worauf dann das Schulgesetz zur Berathung kommt; der Landtag wird sich dann auf 4—6 Wochen vertagen.

Arbeitsstatistik in Deutschland und Oesterreich.

Während in Deutschland die Arbeitsstatistik lediglich auf die ganz ungenügende Reichskommission für Arbeitsstatistik angewiesen ist, ihr jede Initiative genommen, ihr Arbeitsgebiet ein ganz eingeschränktes und die Vertretung der Arbeiter quantitativ durchaus ungenügend ist, will Oesterreich auch auf dem Gebiete der Sozialstatistik ebenso sehr überflügeln, wie vor mehr als einem Jahrzehnte auf dem Gebiete der Arbeiterjugendgesetzgebung. Dem österreichischen Abgeordnetenhaus ist soeben der Bericht des Gewerbeausschusses über die Regierungsvorlage, betr. die Errichtung eines arbeitsstatistischen Bureaus zugegangen. Nach demselben soll die ganze Industrie, der Bergbau und die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, soweit sie in die Unfallversicherung einbezogen sind, arbeitsstatistisch bearbeitet werden.

Die Erhebungen sollen von dem arbeitsstatistischen Amte gepflogen werden, welches in seinem Wirkungskreise selbständig ist und unmittelbar dem Handelsminister untersteht. Zur Unterfützung dieses Amtes wird ein ständiger Beirath gebildet, der 24 Mitglieder zählt. Die Mitglieder des Beirathes werden von der Regierung ernannt und haben zu einem Drittel aus Unternehmern, zu einem Drittel aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Personen zu bestehen, deren sachmännische Mitwirkung bei den Arbeiten des Beirathes wünschenswerth ist. Das arbeitsstatistische Amt ist besetzt, die genauesten Erhebungen zu pflegen und die thatsächlichen Verhältnisse, welche den Gegenstand seiner Erhebungen gebildet haben, zu begutachten; gegen jene Personen, welche zu Auskünften und Angaben gegenüber dem arbeitsstatistischen Amte verpflichtet sind, können bei Verweigerung der Auskunft von diesem Amte Geldstrafen bis zu 1000 fl. (1700 M.) verhängt werden. Die Erhebungen des arbeitsstatistischen Amtes dürfen, soweit dieselben nicht zur allgemeinen Publikation gelangt sind, nicht für Zwecke der Steuerverwaltung dienstbar gemacht werden. Das Gesetz soll am 1. Januar 1896 in Wirksamkeit treten.

Der schweizerische Bundesrath beantragt bei der Bundesversammlung eine Revision der Verfassung dahin,

dem Bunde die Kompetenz zur Gesetzgebung über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln und mit solchen Gebrauchs- und Verbrauchsartikeln, welche das menschliche Leben und die menschliche Gesundheit gefährden können, zu geben.

Zum Panaminofskandal. Die Anwälte Giolitti's reichten heute die Kassationsbeschwerde ein gegen den Beschluss der Untersuchungskammer, durch welche alle von Giolitti beanspruchten Ausnahmestellungen aufgehoben wurden.

Polizei-Anarchismus. Wegen Fälschung und Anstiftung zu anarchistischen Verbrechen wurde in London der italienische Expolizei-Inspektor Dr. Francischi verhaftet, der dort, nachdem er bereits in Neapel gerichtlich schuldig gelitten, als angeblicher Journalist lebte, und seinerzeit den Anarchisten Francesco Merlino nach Neapel in eine von ihm gestellte Falle lockte. Francischi, der beim Botschafter sehr angesehen war, hatte diesen Schutzbrief damals eingefälscht und dafür reichen Lohn erhalten.

Die Haltung der schwedischen Arbeiter zu der norwegischen Krönung. Nachdem es dem König von Schweden nicht gelungen ist, bei seinem Besuche in Christiania die Bildung eines neuen norwegischen Ministeriums zu erreichen, weil die Konservativen einsehen, daß sie gegen den Willen des Volkes nicht regieren können, und die Radikalen wie die Gewählten Rückgrat genug besitzen haben, auf die merkwürdigen Bedingungen des Königs, die einer völligen Unterwerfung unter die schwedische Auffassung der Konstitutionsfrage gleichkommen, nicht eingegangen, wurden dem Könige, wie die Telegraphen-Bureaus in alle Welt hinaus meldeten, bei seiner Rückkehr nach Stockholm demonstrative Aufhebungen dargebracht. Daß aber das ganze schwedische Volk durchaus nicht, und namentlich die Arbeiterbevölkerung, die beabsichtigte Vergewaltigung der norwegischen Verfassung billigt, geht daraus hervor, daß an mehreren Orten, namentlich in Malmö, Arbeiterversammlungen stattgefunden haben, die folgende Resolution annahmen: „Die Versammlung, die sich als Repräsentantin aller denkenden Arbeiter betrachtet, spricht ihre Mißbilligung mit der abenteuerlichen Politik aus, welche der König von Schweden und sein Premierminister durch die letzten Verhandlungen mit den Vertretern des norwegischen Volkes wieder aufgenommen haben. Sie muß vom allgemeinen volkrechtlichen Standpunkt Norwegens Forderung auf vollkommene Selbstregierung als durchaus berechtigt anerkennen und sie protestiert, und fordert die Arbeiter an allen Orten des Landes auf, ebenso zu protestieren gegen jeden Versuch von schwedischer Seite, direkt oder indirekt den Streit dahin zuzuführen, daß die beiden Brudervölker gezwungen werden, zur Waffe zu greifen für die Lösung der Frage, die bei gegenseitigem Entgegenkommen wohl im guten gelöst werden könnte. Besonders weist die Versammlung alle Solidarität mit der Verfechter zurück, welche täglich zum Hass zwischen den beiden Völkern aufsteht, während sie in anderen Fällen nachweist, daß beide die gemeinsamen Ziele des arbeitenden Volkes sind.“

Rußlands Ansprüche an Bulgarien. Ein von den bulgarischen Blättern veröffentlichter Brief Bendersow's an Janow enthält die Mahnung, Janow möge seine Bemühungen um die Anerkennung des Fürsten Ferdinand seitens Rußlands einstellen, solange der Fürst nicht durch die Verfassung eines rein russophilen Kabalets bewiesen habe, daß er ein wahrer Freund der Russen sei. Die Anhänger Janow's sind der Ansicht, daß der Brief die amtliche Auffassung Rußlands wiedergebe.

Haftbarkeit der Gemeinden für die serbischen Staatssteuern. Um den Eingang der Steuern zu sichern, hat der serbische Finanzminister einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, in welchem bestimmt wird, daß die Gemeinden für den Eingang der Steuern solidarisch haftbar sein sollen.

Cuba. Nach einer in Madrid eingetroffenen und vom Wollischen Bureau wiedergegebenen Mitteilung Depesche aus Cuba haben die spanischen Truppen die Stadt Beira besetzt. Die Insurgenten sind geflohen und werden gegenwärtig verfolgt. Zwei ihrer Führer sind verwundet.

Die spanische Kammer hat den geforderten unbeschränkten Kredit für den Feldzug auf Cuba bewilligt.

Im Senat erklärte der Ministerpräsident Sagasta, daß die Vereinigten Staaten keine Unterstützung angeboten hätten und daß Spanien derselben auch nicht bedürfte. Drei Bänder der Russlandschen auf Cuba seien zerstreut worden.

Aus Washington wird dagegen gemeldet: Der Staatssekretär Gresham beauftragte den amerikanischen Gesandten in Madrid, Taylor, der spanischen Regierung zu versichern, daß außerordentliche Vorkehrungen getroffen würden, um die Organisation oder die Abreise von Freiwilligen nach Cuba zu verhindern.

Von anderer Seite wird aus Madrid gemeldet: Trotz der von offizieller Seite verbreiteten günstigen Nachrichten aus Cuba, nach welchen der Aufstand dortselbst unterdrückt sei, herrscht doch die Befürchtung, amerikanische Abenteurer könnten sich in die Bewegung auf Cuba einmischen und den Aufstand aufs neue entfachen.

Zum japanisch-chinesischen Krieg liegt heute die Mitteilung vor, daß der Kaiser von China Li-Hung-Tschang vollständig wieder in Ehren eingefeht habe; da er ihn allein vertrauenswürdig befunden habe er ihm die weitestgehenden Vollmachten zur Unterhandlung mit den Japanern verliehen. Die Regierung nehme öffentlich die ganze Verantwortung für den Zustand der Vertheiligung des Reiches auf sich, der eine Folge der Blindheit gegen die Fortschritte anderer Völker sei. Diese Kundgebung scheint darauf hinzuweisen, daß zukünftige Reformen in die Hand Li-Hung-Tschangs gelegt werden.

Die greuliche Verwüftung, die in allen Verwaltungszweigen in China und zumal im Heerwesen herrscht, schildert in den grellsten Farben der Bericht eines genauen Kenners der ostasiatischen Verhältnisse, der die letzten sechs Monate in China zugebracht hat und von der „Pol. Korr.“, die seine Darstellung wiedergibt, als glaubwürdig und unparteiisch bezeichnet wird. Ein besonders trauriges Bild entwirft er von der Ausrüstung und Kampfwaffe der chinesischen Truppen:

Die chinesischen Soldaten besitzen nicht die geringste militärische Ausbildung, sie schließen schlecht, denn sie legen den Gewehrstoß beim Abfeuern unter die Achselhöhle, wodurch sie außer Stande sind, ein Ziel zu treffen; häufig lassen die Patronen nicht zu dem Gewehre. Die chinesische Mesterei führte ihre Angriffe oft mit den Gewehrlofen aus. Es sei ferner vorgekommen, daß Geschosse aus Thon angefertigt und angestrichen wurden, um die schlenden Geschosse, die offenbar verunreinigt worden waren, zu ersetzen, ja chinesische Armeekorps haben einander gelegentlich gegenseitig angegriffen, um einander die Lebensmittel zu entreißen. Daß unter solchen Umständen das wohlgeordnete und gut geleitete Heer der Japaner bisher stets siegreich blieb, könne nicht Wunder nehmen. Geradezu entsetzlich sei die Grausamkeit, mit der chinesische Soldaten die japanischen Kriegsgefangenen behandeln. Die Verurteilungen, welche die Chinesen an den in ihre Hände gerathenen Japanern verüben, die Martern, deren sie die Unglücklichen unter dem Vorwand von Zuschauer unterziehen, seien von so schrecklicher Bestialität und liegen in dem Maße alle menschliche Würde herab, daß man die Einzelheiten einfach nicht niederschreiben könne. Wenn die Japaner nach der Einnahme von Port-Arthur an den Chinesen hierfür theilweise Rache nahmen, so lasse sich dies vollkommen verstehen.

Parlamentarisches.

In der **Insurrektionskommission** wurde am Freitag der von dem Abg. Mintelen gestellte Antrag, das Tempo der Verhandlung durch Vermehrung der Sitzungen zu beschleunigen, erörtert. Der Abg. Mintelen will in der nächsten Woche 5 Sitzungen abhalten. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen beschlossen, in nächster Woche an 4 Tagen Sitzungen abzuhalten.

Hierauf wurde die Debatte über den § 130 der Regierungsvorlage und die dazu gestellten Anträge fortgesetzt.

Der Abg. Enneccerus (nl.) polemisierte zunächst in eben so langen als langweiligen Ausführungen gegen unteren Genossen Bebel, welcher der jetzt zur Schau gestellten Frömmigkeit der Nationalliberalen gegenüber sich erlaubt hatte, Zweifel über den Ernst dieser Frömmigkeit zu äußern.

Außerdem sprach noch **Wolszlegier** (Pole), welcher erklärte, nur für den Antrag Mintelen, und wenn dieser abgelehnt werde, gegen alle übrigen Anträge stimmen zu wollen, und **Munkel**, welcher in geistreicher Weise diese Art der Gesetzgebung verspottete. Bebel wurde das Wort durch einen Schlussantrag abgeknippt.

Die Kommission schritt hierauf zur Abstimmung über die einzelnen Anträge. Zunächst wurde abgestimmt über den Antrag Mintelen, Ziffer 1, in der Regierungsvorlage die Worte: „die Religion“ bis „Eigentum“ durch die Worte: „die bestehende Staatsform“ zu ersetzen.

Dieser Antrag wurde mit allen gegen 9 Stimmen, Zentrum und Pole, abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr der Ziffer 2 des Antrags Mintelen, welche lautet:

„Mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor mehreren, oder durch Druck, Schrift oder Bild das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift.“

Gegen diesen Antrag stimmte auch der polnische Vertreter, sodas für denselben nur die 8 Stimmen des Zentrums abgegeben wurden.

Hierauf wurde zur Abstimmung über den Antrag des Grafen von Noon und Genossen geschritten. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

1. Dem § 130 als zweiten Absatz anzufügen:
„Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Monarchie, die Justitute, die Ehre der Familie oder des Eigentums durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.“

2. Den § 136 des Straf-Gesetzbuches folgende Fassung zu geben:
„Wer öffentlich in beschimpfenden Äußerungen den Glauben an Gott oder das Christentum angreift oder Gott lästert oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche, oder die Heiligkeit des Eides beschimpft, beleihten wer in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

In diesem Antrage liegen Unteranträge vom Zentrum und den Abgeordneten Dr. Barth und Enneccerus vor. Das Zentrum beantragt nach „öffentlich“ in Zeile 1 „oder vor mehreren“ und nach „Religionsgesellschaft“ in Zeile 5 „ihre Lehren“ einzufügen. Außerdem beantragte der Abgeordnete Spahn in dem Antrag Noon die Worte „in beschimpfenden Äußerungen“ das „Christentum“ und „oder die Heiligkeit des Eides“ zu streichen, dagegen hinter beschimpft in der vierten Zeile von unten „oder verspottet“ einzufügen.

Der Abg. Dr. Barth hat beantragt, hinter „Christentum“ einzufügen: „oder Judentum“. Der Antrag des Abgeordneten Enneccerus aber lautet:

Zu § 130 Absatz 2 den Zusatz hinzuzufügen:
Eine freie wissenschaftliche Erörterung oder historische oder künstlerische Behandlung der die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum betreffenden Fragen soll durch die vorstehende Bestimmung nicht berührt werden.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche vorstehenden Anträge durch wechselnde Majoritäten abgelehnt.

Hierauf wurde über den Antrag Graf Noon abgestimmt und zwar zunächst über jedes der dort genannten Justitute besonders.

Die Kommission beschloß die Aufnahme der Monarchie mit 14 gegen 11, der Ehe mit 15, der Familie mit 16 Stimmen. Die Aufnahme des Eigentums in den Paragraphen wurde mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

In der hierauf erfolgenden Schlussabstimmung wurde der Antrag Graf v. Noon in seinem ersten Theile mit 13 gegen 12 und in seinem zweiten Theile mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Es folgte nunmehr die Abstimmung über die Regierungsvorlage, und zwar wurde auch hier erst eine Eventualabstimmung über die einzelnen Justitute vorgenommen. Die Aufnahme der Religion wurde gegen 8, der Monarchie, der Ehe und des Eigentums gegen 11 Stimmen abgelehnt, dagegen die Aufnahme der Familie in den § 130 mit 13 gegen 12 Stimmen beschlossen. Unter allgemeiner Theilnahme wurde dann der so amendirte Paragraph der Regierungsvorlage in der Schlussabstimmung einstimmig abgelehnt, nachdem vorher der Abgeordnete Enneccerus auf eine Abstimmung über seinen Antrag verzichtet hatte.

Es wurde nun der Zentrumsantrag auf Befreiung des § 130a des St.-G.-B. (Rangelparagraph) zur Diskussion gestellt. Bebel, Benzmann und v. Buchta erklärten die Zustimmung ihrer Parteien zu dem Antrage, während Enneccerus sich gegen denselben aussprach. Der Antrag wurde hierauf mit 19 gegen 5 Stimmen (Nationalliberale und Freikonservative) angenommen. Die Regierung äußerte sich dazu nicht.

Nächste Sitzung Sonnabend vormittags 10 Uhr.

Die **Winnenschiffahrt-Kommission** begann in ihrer gestrigen Sitzung mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes, betr. die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse der Winnenschiffahrt. Der Eintritt in die Verhandlungen gab Geheimrath Hoffmann die Erklärung ab, daß er in der letzten Sitzung, gelegentlich der Beratung des Föderalgesetzes von den Föderalinteressen nicht gesagt habe, daß sie wenig intelligent seien, sondern daß er in einer Versammlung derselben von ihnen den Eindruck gewonnen habe, daß sie Vertreter nicht kapitalstärker Betriebe seien.

Zum **Schiffahrt-Gesetze** lagen wieder eine große Anzahl Anträge vor. So beantragten die Abg. Gerisch, Klees und Meßger zu § 6 einen Zusatz, nach welchem Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, nicht nur vor dem Gericht des oft sehr weit entfernten Heimathortes, sondern auch vor anderen Gerichten zum Austrag gebracht werden sollten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Abg. Gerisch, Klees und Meßger zu § 11, der verlangte, daß über eingetretene Unfälle an Ort und Stelle von den Behörden ein Protokoll aufgenommen werden sollte. Nach dem Gesetzentwurf soll diese Feststellung erst nach Beendigung der Fahrt durch das Gericht erfolgen.)

Die von dem Abg. Gerisch, Klees und Meßger beantragte Sonntags- und Nachtrabe zeitige wieder eine lebhafteste Debatte. Während die Antragsteller sich auf die Beschlüsse des Norddeutschen Schifffahrtstages beriefen, der sich nahezu einstimmig für Einführung der Sonntags- und Nachtrabe ausgesprochen hat, war der Abgeordnete Placke der

Meinung, daß auf die Beschlüsse des „sogenannten“ Norddeutschen Schifffahrtstages nicht viel zu geben sei. Schließlich wurden alle auf die Sonntags- und Nachtrabe bezüglichen Anträge abgelehnt. Angenommen wurde dagegen eine vom Abg. Wellstein (Z.) gestellte Resolution, welche den Reichsanwalt auffordert, durch die Kommission für Arbeiterstatistik Untersuchungen über Sonntagsarbeit im Schifffahrt- und Fischereibetrieb anstellen zu lassen. Ebenfalls abgelehnt wurden die von dem Abg. Gerisch, Klees und Meßger gestellten Anträge, nach welchen in bezug auf Ladezeit, Ladebestimmungen, Löszeit und Ueberliegegeld nur die im Gesetze vorgesehenen Bestimmungen Geltung haben, sogenannte „freie Verträge“ aber ausgeschlossen sein sollten. Angenommen wurde dagegen ein von den Abg. Wassermann, Petzsch, Pauli, Placke und Wellstein gestellter Antrag, nach welchem auch die höhere Verwaltungsbehörde berechtigt ist, über die Höhe der Liegegeldbestimmungen zu treffen. Die Worte „höhere Verwaltungsbehörde“ wurde auf Antrag derselben Abgeordneten im Gesetz überall dort gesetzt, wo in der ersten Lesung „Landeszentralbehörde“ angenommen worden war. (Nächste Sitzung der Kommission Mittwoch, den 13. März.)

Die **Kommission zur Verfassung der Gewerbeordnung-Novelle** (Wandergewerbe u.) setzte am Donnerstag Abend die Beratung über § 42b fort. Die Absicht der Regierungsvorlage, den Zwischenhandel mit Artikeln des Wochenmarktes gewissen Beschränkungen zu unterwerfen, wurde von verschiedenen Seiten bekämpft und schließlich abgelehnt. Einstimmig wird jedoch der Bestimmung beigetreten, Kindern unter 14 Jahren den Handel zu untersagen. Die Beratung wendet sich dann dem § 44 zu. Danach sollen die Detailreisenden dem Wandergewerbe unterstellt werden, und somit genötigt sein, einen Wander-Gewerbeschein zu erwerben.

Das (natl.) hat große Bedenken gegen diesen Paragraphen. Redner stellt einen Antrag, den Buchhandel und die Weinreisenden von dieser Beschränkung zu befreien.

Von dem Regierungsvertreter von Schickert wird des näheren begründet, daß der Detailreisende nur als Hausierer zu betrachten sei, dem jetzt eine wesentliche Begünstigung zu theil wird. Während der Hausierer zur Besteuerung herangezogen wird durch den Erwerb des Wandergewerbescheins, genießt der Detailreisende eine Steuerfreiheit nach der Richtung. Jacobstädter (konf.) hat auch einige Bedenken gegen diesen Paragraphen, der auch für den kleinen Gewerbetreibenden eine nachtheilige Wirkung ausüben kann.

Schmidt-Berlin weist darauf hin, daß die Handelsreisenden die ganze Schwere der Bestimmung zu ertragen haben. Die Erlangung des Wandergewerbescheins wird auch dem Handelsangestellten die Steuer auferlegen, die in Preußen den Betrag von 24 M. in der niedrigsten Stufe erfordert. Bei dem vielfachen Wechsel der Angestellten wird natürlich diese Summe sehr oft nutzlos ausgegeben sein. Weiter sind alle diejenigen gezwungen, ihre Stellung aufzugeben, die das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die Folge muß natürlich sein, daß durch alle diese Beschränkungen tausende von Handlungsgehilfen stellunglos werden. Redner zeigt dann, wie diese Aenderung der bisherigen Verhältnisse auch für den kleine Buchhandel die schwerste Gefährdung dieses Gewerbetriebes in sich birgt.

Von den Vertretern der Regierung wird demgegenüber behauptet, daß die Steuer von jedem Geschäftsinhaber wohl selbst getragen würde und die Steuer zum Theil zurückgezahlt wird, wenn der Betreffende ohne sein Verschulden gezwungen ist, seinen Gewerbebetrieb aufzugeben. — Schneider (freis.) wendet sich gleichfalls gegen diesen Paragraphen. Es scheint ihm sogar, als ob man es mit einer neuen Steuervorlage zu thun habe.

Die weitere Debatte wird hierauf vertagt.

In der **Budgetkommission** wurde am Freitag die Generaldebatte über den Kolonial-Etat fortgesetzt, und zwar über das ostafrikanische Schutzgebiet. Im Laufe der Verhandlung wies der Referent Prinz Alexander auf die Unzulänglichkeiten hin, die sich für die Kolonialverwaltung daraus ergeben, daß mehrere Ressorts einen Einfluß auf dieselbe ausüben und empfiehlt eine Resolution zur Annahme, wonach die Schutzgebiete nur dem Reichsanwalt und dem zuständigen Amt zu unterstellen sind. Graf Arnim tritt für eine größere Selbständigkeit des Gouverneurs ein, dem die übrigen Redner entgegenstehen. Geheimrath Dr. Kayser giebt in längeren Ausführungen ein Bild von der Entwicklung der ostafrikanischen Kolonien. Der Plantagenbau dehne sich immer mehr aus, jedoch ließen sich mit kleinen Kapitalien dort keine Plantagen anlegen, und es sei deshalb dort vor der Hand nur für größere Kapitalien ein Arbeitsfeld. Die Ostafrikanische Gesellschaft sei angewiesen, an jeden Ländereien zu verkaufen; auch sei der Preis von 1 M. pro Morgen ein angemessener. Die Ostafrikanische Gesellschaft habe große Summen in ihre Unternehmungen gesteckt und sei gezwungen noch mehrere Millionen und zwar in den Eisenbahnbau, zu stellen, welches Kapital vor der Hand noch keine Zinsen abwerfen werde. Der Schwierigkeiten seien viele zu überwinden gewesen. So seien von den Missionären oftmals im Innern Stationen errichtet worden, die man jetzt habe schenken müssen. Die Einrichtungen für die Mannschaften der Schutztruppe seien früher mangelhafte gewesen. Dem Feldzug gegen die Wahaba habe der Gouverneur zum Theil gegen seinen eigenen Willen zugestimmt. Um den Sitten der Bevölkerung Rechnung zu tragen, sei es notwendig, daß nicht nur Militär, sondern auch Zivilbehörden vorhanden seien. Mehrere Redner beschwerten sich darüber, daß die Militärbehörden nicht immer die nötige Rücksicht auf die wirtschaftlichen Einrichtungen genommen hätten.

Die **Wahlprüfungs-Kommission** beschloß am Freitag mit 9 gegen 4 Stimmen, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl des Abg. v. Gerlach (konservativ) im 3. Wahlkreis des Regierungsbezirks Köln für ungültig zu erklären. Herr v. Gerlach ist nur mit einer Mehrheit von 65 Stimmen gegen einen freisinnigen und sozialdemokratischen Gegenkandidaten gewählt. Diese 65 Stimmen sind bei der Nachprüfung noch erheblich zurückgegangen, und da grobe amtliche Beeinflussung seitens des Landrathes nachgewiesen wurde, so kam die Kommission in ihrer großen Mehrheit zu dem Beschlusse, die Wahl zu kassiren.

Die **Fractionen des Reichstages**. Nach der neuesten offiziellen Fraktionsliste des Reichstages zählen die Deutsch-konservativen 69, die Deutsche Reichspartei 27, die deutsch-soziale Reformpartei 11, das Zentrum 99, die Polen 19, die National-liberalen 51, die Freisinnige Vereinigung 14, die Deutsch-freisinnige Volkspartei 22, die Sozialdemokraten 45 Mitglieder; bei keiner Fraktion sind 29, erledigt sind 10 Mandate (4. Kassel, 7. Elßaß-Lothringen, 14. Württemberg, 2. Weimar, 1. Köln, 1. Düsseldorf, 3. Nieder-Bayern, 6. Sachsen, 1. Rassel, 1. Weimar).

Sozialdemokratischer Antrag über die Bierproduktion. Auer und Genossen beantragten heute zum Etatposten Brauereien: Der Reichstag wolle beschließen: die verbundenen Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz wegen Erhebung der Brauereier von 31. Mai 1872 dahin abgeändert wird, daß bei der Bierbereitung nur Wasser, Malz, Hopfen und Hefe verwendet werden darf.

Mittel-europäische Zeit. Beim Reichstage ist folgender Antrag der Abgg. Müller-Dortmund (nl.) und Dr. Hise (Z.) eingegangen: Artikel I. Das Gesetz, betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung, vom 12. März 1893 (Reichs-Gesetzbl. S. 98) enthält folgenden Zusatz: Wenn der Unterschied zwischen der gesetzlichen Zeit und der Ortszeit mehr als 1/4 Stunde beträgt, kann die höhere Verwaltungsbehörde bezüglich der Zeitbestimmungen im Titel VII der Gewerbe-Ordnung und der hierauf beruhenden Ausführungs- und Ausnahmebestimmungen für einzelne Betriebe oder Betriebsteile Abweichungen von der Vorschrift im Absatz 1 zulassen. Die Abweichungen dürfen nicht mehr als 1/2 Stunde betragen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die zulässige Dauer der Beschäftigung von Arbeitern bleiben unberührt. Artikel II. Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Eine zahlreich besuchte Schifferversammlung fand am Sonntag in Fürstenberg statt; gegen 400 Personen, meist Schiffer, aus Fürstenberg und Umgegend waren erschienen. Das Referat über das neue Schiffergesetz hielt der Reichstagsabgeordnete Gerisch. Dem mit großem Beifall ausgenommenen Vortrage folgte die Annahme einer Resolution, in welcher die Anwesenden sich mit der Stellungnahme des Referenten in der Kommission einverstanden erklärten, und in der sie sich ferner für die Sonntagruhe aussprachen. Ueber die Thätigkeit des Reichstags sprach der Reichstags-Abgeordnete Wurm vor seinen Wählern in Langenberg, Kraßdorf und Radersdorf, wobei er nicht unterließ, das Umsturzgesetz einer gebührenden Kritik zu unterziehen. Genosse Schumacher berichtete in Solingen über den Argentinischen Handelsvertrag, wie überhaupt über die gegenwärtige politische Lage. In der gleichen Versammlung fand die Berichterstattung über den Duisburger Parteitag statt, wobei es zu Auseinandersetzungen zwischen den zwei in Solingen herrschenden aber doch geherrschten Strömungen kam. Diese waren aber durchaus friedlichen Charakters, das Verlangen nach Frieden zeigte sich auf beiden Seiten. Genosse Schumacher betonte, daß die getroffene Vereinbarung es den feindlichen Brüdern ermögliche, nebeneinander und später miteinander zu gehen. Es sei auf beiden Seiten gefehlt worden und halbstarre Leute gebe es auch auf beiden Seiten. Es sei nicht möglich, daß die tief eingewurzelte Feindschaft über Nacht verschwinde, aber da die Verkündung aus eigenem Antrieb erfolgt sei, wäre zu erwarten, daß dieselbe zum Guten führen würde. Er nehme alles, was er gegen andere Parteigenossen gesagt haben soll und gesagt habe, zurück, freilich hätte die Gegenpartei dasselbe zu thun. Unter dem Beifall der Versammlung schließt der Redner mit der Versicherung, daß er den Beschlüssen des Rheinischen Parteitag getreu handeln werde. Die Genossen Hoffmann und Lange sprachen ihre Freude über das Entgegenkommen Schumacher's aus, der letztere tritt besonders warm für die „Vergische Arbeiterstimme“ ein.

Protestversammlungen gegen die Tabaksteuer haben auf Veranlassung der Kommission der Tabakarbeiter Berlins in nächstehenden Städten stattgefunden: in Forst am 26. v. M., in Sorau am 27. v. M., in Gassen, N.-L., am 2. d. M., in Schwiebus am 3. und in Rottbus am 4. März. In Sorau hatte seit drei Jahren eine sozialdemokratische Versammlung überhaupt nicht stattgefunden. Referent in allen Versammlungen war Genosse Börner-Berlin. Eine Resolution, die sich in scharfer Weise gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, wie überhaupt gegen jede indirekte Steuer ausspricht, fand in allen Versammlungen einstimmige Annahme.

Das sozialistische Gift findet auch im Königreich Stumm immer mehr Eingang, trotzdem gerade weil der Herrscher von Reunirten alles selbständige Denken zu unterdrücken sucht. In unserem gestrigen Beirartikel führten wir den Nachweis, daß der Absolutismus des König Stumm vorüber ist. Der zaghaften Opposition aus den Reihen der Bürgerlichen wird bald eine kräftigere erstehen, die des Proletariats. „Ich hatte Gelegenheit, so schreibt ein Parteigenosse der Frankfurter „Volksstimme“ mit einer Anzahl Hüttenarbeiter zu sprechen, und habe zu meiner Freude vernommen, daß auch hier, dem vielverruften Reunirten, die Sozialdemokratie Eingang gefunden hat. Besonders ist es die famose Arbeitordnung des Herrn v. Stumm, über die die Arbeiter sehr aufgebracht sind. Und das mit Recht, insofern jeder Arbeiter, der einmal mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommt und mit nur 10 M. Geldstrafe oder einen Tag Gefängnis bestraft wird, sofort aus der Arbeit entlassen und auf die Straße geworfen wird, ganz ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende ledig oder verheiratet ist. Jeder vernünftig denkende Mensch muß hier zu geben, daß ein solcher Paragraph sehr dazu geeignet ist, die Leute, die im Schweiße ihres Angesichts ihr Stück Brot essen, mit Haß gegen ihren Brotherrn zu erfüllen. Denn wie leicht kann es auch dem besten Manne passieren, daß er bei irgend einer Gelegenheit, sei es mit oder ohne sein Verschulden, vor dem Strafrichter erscheinen muß und mit 10 M. oder einen Tag Gefängnis bestraft wird. Mag König Stumm noch so viel über die „Anhänglichkeit“ seiner Arbeiter triumphieren, Thatsache ist und bleibt, daß die sozialdemokratische Wissenschaft auch bei seinen „Getreuen“ festen Fuß gefaßt hat.“

Totenliste der Partei. In Gerbich bei Bernburg starb der Genosse Halle. Derselbe gehörte schon seit 1874 der sozialdemokratischen Partei an und hat seitdem unauflöslieh für sie gewirkt. Dem Tode der 70er Jahre alten Genossen gereicht es, wie unser Dessauer Partei-Organ schreibt, zur besonderen Ehre, daß er in einem kleinen Orte, wo es mit besonderen Schwierigkeiten verbunden war, ausbielt und einen kleinen, aber überzeugten Stamm Genossen angeworben hat.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung in Diegnitz wählte vor einiger Zeit eine Beschwerdekommission, die alle Klagen über etwaige Uebelstände in den Fabriken von den Arbeitern entgegennehmen sollte, um alle den Vorschriften des Arbeiterschutzes zuwiderlaufenden Missethate dem Gewerbe-Inspektor zu unterbreiten. Zu dieser Kommission wurden nun solche Mitglieder gewählt, die sämtlich nicht Fabrikarbeiter waren. In jedem Stadtviertel wurde ein Mitglied ernannt. Die Namen waren in der sozialdemokratischen „Volksstimme“ bekannt gemacht worden. Die Polizeibehörde hat nun hierin die Erziehung eines Vereins erblüht, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, sie hat daher dem Vorsteher der Beschwerdekommission aufgegeben, den Bestimmungen des Vereinsgesetzes nachzukommen und die Statuten und das Mitgliederverzeichnis binnen 10 Tagen einzureichen.

Ein Nachttag zur Eisleberer Affäre. Vor dem Schöffengericht in Reitz fand kürzlich eine Anklage gegen den früheren Redakteur des „Reitzer Volksboten“, Hoffmann, zur Verhandlung. Anlaß dazu bot eine Nachricht, die am 5. August 1891 erschienen und im Anschluß an die berühmte Prügels-Angelegenheit mitteilte, daß der reichstreuere Bergarbeiter-Verein in Eisleben, dem die beiden Prügelselben Dieb und Wunderlich angehörten, den Polizeiführer Richter aus Eisleben zum Ehrenmitglied ernannt hätte. (Die genannten drei sind wegen der Affäre Eisleben zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden.) Wegen dieser Notiz haben die Vergleite Dieb und Wunderlich Strafantrag gestellt. Hoffmann war vom persönlichen Erscheinen in der Hauptverhandlung ent-

bunden, Rechtsanwalt Heine-Berlin als Verteidiger erschienen. Die Beweisaufnahme gestaltete sich sehr umfangreich; u. a. wurde das Urteil vom Gericht zu Eisleben verlesen, das gegen drei Viertelstunden Zeit in Anspruch nahm. Die Zeugenausagen, welche zur Verlesung kamen, sprachen zu Gunsten des Angeklagten und erwiesen die Vergleite Dieb und Wunderlich als diejenigen, welche am 31. Mai 1891 im „Kronprinzen“ zu Eisleben, wo eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei stattfinden sollte, und die von den reichstreuere Vergleiten gesprengt wurde, als Anführer fungierten. Ebenso sagte ein Zeuge aus Reitz zu Ungunsten der Strafantragsteller aus. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Rechtsanwalt selbst Freisprechung. Nach kurzer Verathung verkündete der Vorsitzende die Freisprechung, indem erstens die Absicht und zweitens die Gründe der Beleidigung fehlen, ferner sei auch die Form, in welche sich die Notiz kleidete, nicht beleidigend gewesen.

Genosse Reichard, Dresden, hat am Mittwoch das Gefängnis bezogen, um drei Wochen über die Sünden nachzudenken, die er als Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ begangen haben soll. Außer Reichard sitzt noch ein Redakteur dieses Blattes hinter Schloß und Riegel.

In Altona hat dieser Tage wieder eine scharfe Durchsuchung der Kaserne nach sozialdemokratischen Schriften stattgefunden.

Ein Agitationskomitee, aus 7 Mitgliedern bestehend, wurde von der Laubaner Behörde als ein Verein angesehen und der Vorsitzende wegen Nichterreichens der Statuten zu 15 M. Geldstrafe verurteilt.

Sächsisches aus Duisburg. Der allgemeine Arbeiterverein von Duisburg beging am vorigen Sonntag ein Vergnügen, das er pflichtgemäß der Polizei angemeldet hatte. Als die Festheilnehmer mitten im Vergnügen waren, erschien ein Polizeikommissar und drohte „aufzulösen“, wenn nicht die Frauen und die Beherlinge sofort entfernt würden. Man mußte sich, um Austritte zu verhindern, fügen, wodurch natürlich das ganze Fest gestört war. Beschwerde wird eingelegt werden.

Soziale Ueberlicht.

Die Aerzte und die Sozialdemokratie. Die Aerztekammern verlangen durch ihren Ausschuss von der Regierung die Erweiterung ihrer Disziplinargebühren. In diesem Zwecke hat der Ausschuss an den Kultusminister eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: „Es dringt das Gift der Sozialdemokratie mehr und mehr auch in die Reihen der Aerzte ein. Das in seinen Zielen und manchen seiner Erfolge so wohlthätige Krankenversicherungs-Gesetz hat durch einzelne seiner Bestimmungen der Sozialdemokratie die mächtigsten Waffen in die Hände geliefert; durch diese Bestimmungen wird die letztere von Reichs wegen in ihrer Organisation und ihrer Macht gestärkt; die eigentlichen brennenden Helfer des Staates, die Aerzte, sind einflußlos und wehrlos gemacht; kein Wunder, daß ein Theil derselben anfängt sich dahin zu neigen, wo die Macht ist. Wie notwendig bei dieser Sachlage eine kräftigere Organisation des ärztlichen Standes wäre, bedarf keiner weiteren Begründung. Diese, so weit unsere Kenntniß reicht, gegenwärtig stehende Frage wieder in Fluß gebracht zu sehen, wie dies auch in unserem Nachbarstaat Sachsen der Fall ist, war die erste Bitte, die wir Eu. Exzellenz vorlegen wollten.“

Die Herren vom Ausschuss haben ihren Standesgenossen mit dieser Eingabe sicher einen recht schlechten Dienst geleistet, denn sie behaupten geradezu, daß ein Theil ihrer Kollegen sich „dahin neige, wo die Macht ist“, d. h. daß sie Sozialdemokraten werden persöhnlicher Vortheile willen. In dem ganzen Schriftsatz liegende Denunziation steht den „berufenen Dienern“ (Polizeidienern) des Staats recht schlecht an und ist nicht geeignet, die Achtung vor den Aerzten, welche die „berufenen Diener“ der Lebenden sein sollen, zu heben. Auf die wahren Ursachen der allerdings richtigen Thatsache, daß eine immer größere Zahl von Aerzten sozialdemokratisch wird, müssen wir ein ander mal zurückkommen.

Zur Lage der Eisenbahnarbeiter. Von gut unterrichteter Seite wird uns über die Verdienste der Bahnarbeiter in Preußen geschrieben: Der Tagelohn der Preussener Bahnarbeiter beträgt 1,60 M. bis 2,20 M. aufwärts; der letztere Verdienst wird jedoch erst nach vielen Dienstjahren erreicht. Nach Abzug der Beiträge für Invalidität, Pension- und Krankenkasse verbleibt noch 1,47 M. Fast sämtliche Arbeiter sind Familienväter mit drei, vier und noch mehr Kindern, so daß sie gezwungen sind, eine Wohnung, bestehend aus mindestens Stube und Kammer zu mieten. Eine solche Wohnung kostet 120 bis 180 M. jährlich, so daß 40-50 Pf. pro Tag allein für Miete zurückgelegt werden muß. Nach allem bleibt schließlich noch 1 M. pro Tag für die Lebensbedürfnisse der ganzen Familie. Für Arbeiter, die etwas über diesen Minimallohn hinauskommen, wird das traurige Bild nur um ein geringes heiterer. Durch die eingeführte Akkordarbeit wurden die Arbeiter so schlecht gestellt, daß selbst diejenigen, welche schon gegen 20 Jahre im Bahndienst stehen und es auf 2,20 M. Tagelohn gebracht hatten, jetzt nur 25 Pfg. weniger verdienen. Die Zulchritt sagt leider nichts, in welchem Verhältnisse zu diesem Jammerlohn die Arbeitszeit steht. In zahlreichen Fällen konnten wir indes schon nachweisen, welche riesigen Anforderungen in dieser Beziehung an die Arbeiter in den staatlichen „Musterbetrieben“ gestellt werden. Erst vor kurzem wieder machte ein Weichensteller, der durch Fahrlosigkeit einen Zusammenstoß auf dem Bahnhof Weisenfels herbeigeführt haben sollte, vor Gericht geltend, daß er sieben Nächte hintereinander 18 Stunden Dienst gethan habe. Bei einer derartigen Ueberanstrengung der Kräfte kann es allerdings nicht Wunder nehmen, wenn Unglücksfälle herbeigeführt werden. Daß die Leistung des einzelnen Eisenbahnbediensteten in den letzten zehn Jahren erheblich höhere geworden, d. h. mit anderen Worten, daß die Zahl derselben im Verhältnisse zu der vermehrten Arbeit heute eine geringere ist, hat kürzlich mit vielem Stolz die Stölker'sche Korrespondenz nachgewiesen. Die Kosten dieser Sparetrei bezogen, wie aus obigen ersichtlich, einmal die Arbeiter, mit ihren Knochen und die Passagiere.

Ein neues Zeugniß für die Verächtlichmachung der Arbeiterforderungen. In der „Münchener Mediz. Wochenschrift“ wird die Thatsache erwähnt, daß in dem Spiegelsbelegen in Fürth seit 1 1/2 Jahren kein Fall von Mercurialismus (Quecksilbervergiftung) vorgekommen sei. Die Thatsache erscheint in noch viel günstigerem Lichte, wenn berücksichtigt wird, daß gegenwärtig meist Arbeiter beschäftigt werden, welche bereits seit längerer Zeit — bis zu 80 Jahren — in den Belegen arbeiten. Wollner, der die Angelegenheit untersucht hat, giebt darüber in obengenannter Zeitschrift sehr interessante Aufschlüsse. Danach liegt das plötzliche Verschwinden der Erkrankungsfälle nur zum Theil an den seit 1885 eingeführten sanitären Vorschriften. Genane Untersuchungen zeigten, daß die größte Zahl der Erkrankungen an Mercurialismus in den früheren Jahren aus den großen Betrieben stammten, welche für den Export arbeiteten. Die sanitären Einrichtungen waren in diesen Betrieben durchaus nicht schlechter als in anderen, im Gegentheil, sie waren sogar die besten; aber die Arbeiter daselbst waren die schlechtest bezahlten, herabgekommenen Individuen, die das Bestreben hatten, durch möglichst lange Arbeit ein hinlängliches Auskommen zu finden. Diese großen Fabriken arbeiten jetzt nicht mehr mit Quecksilber, sondern mit Silber, während in kleineren Betrieben, wo oft nur 1 bis 2 Arbeiter angestellt sind, noch immer mit Quecksilber gearbeitet wird. In diesen ist aber die Arbeit eine so presante, die Arbeitszeit eine kurze, sechs Stunden pro Tag, dabei die Bezahlung eine relativ gute. Die Arbeiter sind also im Stande, bei geringerer Arbeitszeit sich besser zu nähren. Wollner

kommt zum Schluß: „Wenn nun der Mercurialismus zunächst wenigstens für 1 1/2 Jahre verschwunden ist, seitdem die Belege aufgehört haben, in welchen die höchste Arbeitszeit und die schlechteste Bezahlung durchgeführt war, so ist doch wohl ohne Zwang der Rückschluß erlaubt, daß von allen Maßregeln zur Schutze der Arbeiter keine mehr Beachtung verdient, als kurze Arbeitszeit und gute Bezahlung. Damit soll nicht gesagt sein, daß die anderen Vorschriften überflüssig sind, aber es ist doch zweifelhaft, daß sie einen großen Erfolg haben werden, ohne kurze und gut bezahlte Arbeit.“ — Diefem sachmännischen Urtheile einer Autorität auf hygienischem Gebiete haben wir nichts hinzuzufügen. In der That werden alle Arbeiterschutzmahregeln unwirksam bleiben, wenn man nicht für die Grundbedingung einer besseren Lebenshaltung der Arbeiter sorgt: Auskömmliche Löhne und kürzere Arbeitszeit!

Gegen den Zoll auf ausländische Gerbstoffe sprach sich eine Protestversammlung der Färberei- und Druckerbesitzer des Wuppertales aus, die am letzten Sonntage in Düsseldorf stattfand. In der angenommenen Protestresolution heißt es u. a., daß die Einführung des beabsichtigten Zolles eine wesentliche Erhöhung der Färb- und Druckerpreise in den betreffenden Bezirken zur Folge habe, und dadurch den Färbereibesitzern und Fabrikanten die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, namentlich mit Italien, Frankreich und der Schweiz unmöglich mache, wenn nicht gar ihre Lebensfähigkeit in Frage stellen würde. Ferner würden die von den anwesenden Färbereibesitzern allein schon beschäftigten 10 000 Färber und Drucker, welche Zahl sich bei Einrechnung der gesammten Weberei und der damit verbundenen Hilfsindustrie mindestens verzwanzigfachen würde, durch einen Zoll in bedenklichem Maße in Mitleidenschaft gezogen.

Ob der Mann zur Rechenschaft gezogen wird? Bürgerliche Blätter berichten aus Heiligenbal (Ostpreußen): Am Mittwoch ereignete sich in Bladiou ein Unglücksfall. Der Besitzer Sch. beschäftigte zwei Frauen beim Ausgraben von Mergel, hatte dabei aber nicht die gehörigen Vorsichtsmahregeln gebraucht, denn plötzlich stürzte der obere Rand der Grube ein und verschüttete die Frauen. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, sie zu retten. Beide, im Alter von 48 und 36 Jahren lebend, sind Familienmütter und hinterlassen unermöglichte Kinder. — Das Frauen zu dieser schweren Arbeit benützt wurden, zeigt schon zur Genüge, welcher Art von Arbeitgebern der Besitzer Sch. angehört. Daß er keinerlei Vorsichtsmahregeln gebrauchte, kann danach auch nicht mehr verwundern.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Am Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen statt, in welcher die Diskussion über „Englische Genossenschaftswesen und seine Lehren für unsere Verhältnisse“ fortgesetzt wird. Genosse Dr. Kronz hat sich vorbehalten, die Einleitung für die Diskussion zu geben. Kollegen und Kolleginnen! Der zeitgemäßen und hochwichtigen Tagesordnung wegen erscheint vollzählig. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Achtung, Schuhmacher! Am Montag, den 11. März, findet eine öffentliche Schuhmacherversammlung bei Keller, Kopenstr. 29, statt. In dieser Versammlung stehen zwei wichtige Gegenstände zur Verhandlung, 1. Die diesjährige Maßfeier, 2. Gründung eines Arbeitsnachweises für Berlin. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen nötig. Der Einberufer: R. German.

Der Vertrauensmann der Münchener Müller macht bekannt, daß die Forderungen der Müller in der Bäder-Kunstmühle bewilligt wurden. Die Forderungen der Arbeiter bestanden aus folgenden bedeutsamen Punkten: 1. Die unbedingte Gewährung der freien Koalitions- und Versammlungsrechte für die Arbeiter. 2. Freundliche und humane Behandlung der Arbeiter. 3. Beschränkung der Ueberstunden auf das mögliche Minimum. 4. Eine angemessene Lohnerhöhung, sobald Thauwetter eintritt und das Werk wieder in vollem Betrieb ist. Wesentlich anders verhält es sich mit der Krämer'schen Kunstmühle in Giesing. Es ist dies die Mühle, in der jeden Mann gemahregelt worden sind; dieselbe, wo der Obermüller erklärte: „Mit Sozialdemokraten kann ich nicht arbeiten.“ Diefelbe auch, aus der ein Mann, der schon acht Jahre zur größten Zufriedenheit dort thätig war, der Vater von sechs Kindern ist, einfach und ohne weiteres auf das Pflaster geworfen wurde, noch dazu mitten im Winter.

Die Studenten, Gypser und verwandten Berufs-genossen in Rheingland und Westfalen berufen eine Konferenz auf den 14. und 15. April nach Eibersfeld ein.

Sämtliche Drechlermeister Wiens, welche in Perlmutter arbeiten, stehen seit Montag im Streik. Sie verlangen von den Exporteuren und Abnehmern höhere Lieferpreise. In diesem Streik stehen Meister und Gesellen zusammen; gewiß ein seltenes Schauspiel. Die Erzeugung der Kragnknöpfe aus Perlmutter ist eine besonders schwere Arbeit, und deshalb haben vor kurzer Zeit die Arbeiter kraft ihrer Organisation eine Lohn-erhöhung durchgesetzt, ebenso die Beistellung von Licht und Werkzeug vom Arbeitgeber erzwungen. Die Meister erklären nun, daß sie gern den Arbeitern die besseren Löhne zahlen, daß sie aber selbst dabei nicht existieren können, wenn sie nicht günstigere Lieferpreise erzielen. Die Meister erklärten infolge dessen, solidarisch vorzugehen und zu streiken, gleichzeitig die Arbeiter der Branche, welche durch diesen Umstand natürlich arbeitslos geworden sind, um die moralische Unterstützung des Streiks ersuchend. In einer gemeinsamen Besprechung wurde ein Streikkomitee gewählt, bestehend aus Meistern und Arbeitern, welches die Aufgabe hat, in allen Werkstätten zu kontrollieren, ob kein Meister etwa einen Streikbrecher macht. Bisher steht die Sache günstig. Die Anzahl der streikenden Meister ist 30, die der arbeitslosen Arbeiter 180.

Ein großer Ausstand der Schuhfabrikarbeiter von Leicester und Northampton steht nahe bevor. Es dürften sich an demselben gegen 200 000 Arbeiter beteiligen. Die Ursache ist das Vergeben von Arbeiten an Schuhmacher kleinerer Städte, die weit billiger arbeiten, als die Arbeiter der großen Städte. Der Verband hat 62 000 Pfund Sterling zur Verfügung und glaubt mit dieser Summe die Unternehmer mit Erfolg bekämpfen zu können.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Paris, 8. März. Heute wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Verhandlung gegen diejenigen Angeklagten aus dem Dmlabina-Prozess zu Ende geführt, welche beschuldigt waren, den Polizei-Oberkommissar Die durch die Behauptung verleumdet zu haben, daß er ihnen falsche Geständnisse erpreßt und ihre Angabe und die Protokolle aus der Untersuchung gefälscht habe. Josef Ceral, Josef Kosaal, Franz Redwid, Jaroslav Minjowski und Alois Wenzel wurden unter Zuerkennung milderer Umstände zu sechs Wochen einfachen Kerker, mit Hafttagen verschärft, verurteilt. Ein letzter Angeklagter, Franz Peger, wurde freigesprochen.

New-York, 8. März. Die „Pavel“ kam unter eigenem Dampf auf der sehr hohen Fluth ohne vorherige Lichtung und hat keinerlei Schaden erlitten.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung vom 8. März 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: **Vronsfart v. Schellen-**
dorff, **Graf Posadowsky** und **Kommissarien**.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Verathung des Militäretats und zwar beim Kapitel „Naturalverpflegung“. Bei den Ausgaben für Brot und Fourageverpflegung bemängelt **Abg. v. Vossmar** (Soz.), daß die höheren Offiziere zu viel Pferderationen erhalten, 4, 6, 8 Rationen, nach den verschiedenen Stufen, und dabei halten manche dieser Offiziere gar keine Pferde. Auf diesem Gebiete könnten größere Ersparnisse gemacht werden; die Militärverwaltung sollte im nächsten Etat die Sache neu regeln.

Kriegsminister v. Schellendorf: Den Ausführungen des Vorredners kann ich doch nicht unbedingt beitreten. Bei den Verhandlungen über die Pferdegelder ist in Erwägung gezogen, ob man den höheren Offizieren Pferdegelder bewilligen solle. Das ist abgelehnt worden, man hat daher den höheren Offizieren die Rationalkompetenz belassen für die Pferde, welche sie sich halten müssen. Ich halte sieben Pferde; das ist nicht zu viel; denn Reiten ist für einen Mann in meinem Alter eine sehr gesunde Bewegung, namentlich, wenn man den ganzen Tag hier im Reichstag gewesen ist. (Heiterkeit.)

Abg. v. Vossmar (Soz.): Der Kriegsminister bekommt 8 Rationen und hält 7 Pferde, es giebt aber höhere Offiziere, welche 8 Rationen erhalten und gar kein Pferd haben.

Abg. Graf Arnim (Rp.) dankt dem **Abg. v. Vossmar** für seine geführte Anregung. Bei den jetzigen niedrigen Preisen würden die Proviantämter doch keine erheblichen höheren Preise zahlen und die Landwirtschaft hätte wenig Vorteil von dem direkten Verkauf an die Militärverwaltung. Der Vorwurf, daß die Landwirtschaft mit der Selbsthilfe nicht genügend vorgegangen seien, muß entschieden zurückgewiesen werden. Man hat schon Verkaufsgenossenschaften gebildet, aber sie lassen sich nicht so leicht aus dem Boden stampfen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Nach meinen Nachrichten hat die Militärverwaltung durch direkte Einkäufe von Produzenten zum Theil theurer gekauft, als sie anderwärts hätte kaufen können. Die Militärverwaltung hat bei Eisenbahn-Transporten eine Ermäßigung der Frachtarbeiten, 70 pCt. der vorschrittsmäßigen Frachten. Sie ist also in der Lage, sich in einem weiteren Umkreise zu versorgen als andere Leute. Wenn sie billiger verschaffen kann, tritt eine Verschiebung der Verhältnisse ein; sie kann aus weiteren Entfernungen beziehen und dadurch die nächsten Umgebungen der Proviantämter schädigen. Die Frachtvergünstigungen sind der Militärverwaltung doch nur gewährt für eigentliche militärische Transporte, für Waffen und Munition, und auch für Bezüge aus dem Auslande.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Herr Richter meint, man müsse erst abwarten, ob die Genossenschaften billiger arbeiten als die Zwischenhändler. Wir haben die Genossenschaften jetzt auf unsere Föhne geschrieben und wo sie uns Nutzen bringen, da werden sie von ihren früheren Verteidigern preisgegeben.

Abg. Richter: Wir billigen die Genossenschaften auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Aber wir müssen uns dagegen verwahren, daß für sie besondere Vorrechte verlangt werden.

Generalmajor v. Gemmingen: Nach der Reichsverfassung hat die Marineverwaltung die Vergünstigung, Militärgut zu ermäßigten Tariffätzen zu befördern. Dieses Militärgut muß sich aber in Besitz der Militärverwaltung befinden und weiter befördert werden. Bezüge aus dem Auslande können also erst dann nach dem Militärtarif befördert werden, wenn diese Gegenstände in den Besitz der Militärverwaltung übergegangen sind. Uebrigens findet eine erhebliche Bevorzugung der Militärtransporte überhaupt nicht statt.

Abg. Richter: Es ist mir doch sehr zweifelhaft, ob die obwaltenden Verfassungsbestimmungen auch den Bezug von allgemeinen Bedürfnistiteln der Militärverwaltung erleichtern sollen. Durch diese Erleichterung entsteht eine Verschiebung der natürlichen Bezugsverhältnisse, wodurch der eine Produzentkreis durch den anderen benachtheiligt wird. Es genügt mir, die Aufmerksamkeit auf diesen Punkt hingelenkt zu haben.

Abg. Hilpert (Bayerischer Bauernverein) bittet die Militärverwaltung, ihre Einkäufe etwas früher zu besorgen; die Landwirthe müssen Geld haben und können ihre Vorräthe nicht so lange zurückhalten. Die Militärverwaltung sollte auch nach dieser Richtung hin den sich bildenden Genossenschaften entgegenkommen.

Leim Titel „Virtualienverpflegung“ beantragt **Abg. Schäbler** (Z.): Den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die mit der Verabreichung warmer Abendkost an die Mannschaften des aktiven Heeres gestellten Versuche fortgesetzt werden, und je nach dem Ergebnisse dieser Versuche Mittel zur allgemeinen Einführung dieser Einrichtung in den Etat 1896/97 einzustellen.

Abg. v. Poddbielski (N.) beantragt: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß für das Etatsjahr 1895/96 die Mittel bereit gestellt werden, um den Quartierwirthin, welche während der Übungen der Truppen den Mannschaften die Verpflegung freiwillig verabfolgen, eine Vergütung nach den Sätzen für die Marschverpflegung gewähren zu können.

Abg. Poddbielski begründet seinen Antrag, der **Kriegsminister** hält ihn im Augenblick nicht für durchführbar.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Bei den Erwägungen hat man auch darüber Untersuchungen angestellt, ob man nicht da, wo die Verpflegung billiger ist, billigere Sätze gewähren könnte; da wo sie kostspieliger ist, dagegen höhere Sätze. Das hat sich als undurchführbar erwiesen. Es wäre ungerecht, im Osten, wo zwar die Lebensmittel billiger sind, wo aber auch die Mauerverluste mehr drückt als im Wohlhabenden Westen, niedrigere Vergütungen zu gewähren als im Westen. Es wird nichts übrig bleiben, als überall eine höhere Vergütung zu gewähren. Die Mittel sind dafür jetzt noch nicht vorhanden. Wenn die vorgelegten Steuern bewilligt werden, dann wird die Regierung erwägen, ob für diese Zwecke die nöthigen Mittel vorhanden sind.

Abg. Schäbler (Z.) weist zahlenmäßig nach, daß die Ernährung der Soldaten keine genügende sei; namentlich trete das seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit immer mehr hervor. Er sei kein Freund des Militarismus, aber ein Freund der Soldaten, und selbst der größte Gegner des Militarismus müsse für eine genügende Ernährung der Soldaten eintreten. Ein Blatt behauptet, daß der Antrag nur bestimmt sei, die Tabaksteuer durchzuführen; das sei nur Spieß für das Volk. Das Blatt trägt an seiner Seite die Bezeichnung: „Begehrdet von Eugen Richter.“ (Heiterkeit.) Wenn das Blatt sich nur die noble und urbane Kampfesweise unseres Kollegen Richter angeeignet hätte, dann wäre es zu dieser Unterstellung nicht gekommen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ihnen ist alles zugutragen!) Ich bitte, meine Reden und Handlungen nur so zu nehmen, wie ich sie darstellte, denn ich selbst bin der beste Interpret meiner Worte. Was würde man sagen, wenn ich sagen würde: die ganze Staatspolitik des Herrn Eugen Richter ist auch nur Spieß für das Volk. (Heiterkeit.) Den Soldaten sollte für die

Beschaffung der Abendkost kein Abzug an ihrer Löhnung gemacht werden; die ist ohnehin schon knapp genug.

Kriegsminister v. Vronsfart: Die Militärverwaltung steht jeder Anregung, welche die materielle Lebenslage der Soldaten verbessern will, freundlich gegenüber. Wir haben alle möglichen Versuche angestellt; aber wir sind nicht viel weiter gekommen als bis zu der Frage: Wächst uns ein Kornfeld auf der flachen Hand? Ich hoffe, daß die einstimmige Annahme der Resolution den Widerstand des Reichsschatzsekretärs beseitigen kann. Ob ich denselben so weit beseitigen kann, daß in Süddeutschland den Soldaten noch zwei Maß Bier gewährt werden können, das weiß ich nicht. (Heiterkeit.)

Abg. Hug (Z.): Der Unterschied zwischen Marsch- und Kantonnementsverpflegung sei nicht mehr ausreichend zu erhalten und die Entschädigungssätze müßten erhöht werden. Redner klagt ferner über verspätete Zahlungen für Vorspannleistungen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen können sich nicht darauf einlassen, die nützlichen angeregten Maßnahmen zu treffen, bevor sie nicht wissen, welche neue Mittel der Reichstag bewilligen will. Die Kosten für ein warmes Abendbrot würden einschließlich der bayerischen Quote etwa 8 1/2 Millionen M. betragen.

Generalmajor v. Gemmingen: Die Militärverwaltung zahlt für Quartier- und Vorspannleistungen sofort an die Gemeinden. Diese behalten manchmal die Entschädigungen an die einzelnen Beteiligten zurück zur Deckung rückständiger Steuern. Daran ist die Militärverwaltung nicht schuld.

Abg. Richter (fr. Sp.): Die Frage des warmen Abendbrotes ist nicht erst jetzt verhandelt worden, seitdem wir die Ehre haben, Herrn Schäbler unter uns zu sehen. Die Frage ist so alt, wie die Verhandlungen des Militäretats. Wenn in dieser Beziehung noch nichts gebessert worden ist, so liegt das daran, daß immer bei guten Finanzverhältnissen eine Präsenzvermehrung stattgefunden hat, die alle Mittel in Beschlag nahm, die sonst für die Verbesserung der Verpflegung hätten verwendet werden können. Vor der Bewilligung von 8 Millionen schreckt wohl keiner zurück, aber wohl davor, wie diese Kosten beschafft werden sollen. Ich würde mir berechnete Vorwürfe seitens des Finanzministers Miquel zuziehen, wenn ich eine solche Mehrbelastung des Etats so leicht behandeln wolle wie Herr Schäbler. Sollen die Militärbudgetbeiträge um 8 Millionen erhöht werden? Dagegen haben sich die bayerischen Abgeordneten besonders verwahrt. Es bleiben also nur neue Steuern übrig? Welche Steuer soll es sein? Ich muß doch wissen, ist die Steuer drückender oder kann die Ausgabe noch vertagt werden. Da liegt es doch nahe, an die vorliegende Tabaksteuer zu denken. Herr Schäbler hat sich über die „Freisinnige Zeitung“ beklagt, weil sie einen Zusammenhang entdecken zu können glaube zwischen der Einbringung dieses Antrages und der Tabaksteuer. Die „Freisinnige Zeitung“ hat Herrn Schäbler für einen Politiker angesehen, der die Dinge im Zusammenhang auffaßt. Da lag nichts näher als diesen Antrag und seine Neigung zur Tabaksteuer in Zusammenhang zu bringen. Seine Anregung erscheint auch verdächtig. Wenn auch die Ausgabe erst 1896/97 gemacht werden soll, so ist das bezeichnend. Denn gerade für dieses Jahr hat der Reichsschatzsekretär die Tabaksteuer als nothwendig bezeichnet zur Deckung des Defizits. Die Abendstunden sind jetzt die einzige freie Zeit, die der Soldat hat. Führen Sie eine abendliche Verpflegung ein, so wird der Soldat an die Kaserne gebunden und verliert jede freie Bewegung außerhalb der Kaserne. Die Frage hat also ihre zwei Seiten. Der Antrag Poddbielski kostet allerdings nur 1/4 Millionen. Aber trotzdem läßt sich über denselben nicht so leicht entscheiden. Es giebt in der Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses eine Bestimmung, daß über Anträge, die Mehrbewilligungen erfordern, im Plenum ohne Kommissionsberatung nicht abgestimmt werden kann. Die beiden Anträge waren der Kommission nicht vorgelegt. Ich beantrage daher, dieselben der Budgetkommission zu überweisen, zumal bei der schwachen Besetzung des Hauses eine Abstimmung nicht am Platze ist.

Generalmajor v. Gemmingen: Das Bedenken des Herrn Richter, daß die Soldaten gebindert würden, außerhalb der Kaserne zu verkehren, ist nicht zutreffend. Die Abendkost würde um 6 Uhr gereicht werden, bis wohin fast immer der Dienst reicht. Es würde also eine Einschränkung der freien Zeit der Soldaten nicht eintreten.

Beim Kapitel „Militär-Medizinalwesen“ ergreift **Abg. v. Vossmar** das Wort. Redner hat die Gewohnheit vom Platze zu sprechen und der Journalistentribüne den Rücken zuzuwenden. Infolge dessen ist es beim besten Willen nicht möglich, seine Ausführungen so vollständig aufzufassen und einwandfrei wiederzugeben, wie es eine objektive Berichterstattung anstreben muß. Aus der Antwort des Kriegsministers ergibt sich, daß Redner eine ausgedehntere Zugangsmöglichkeit des auf Grund der in letzter Zeit gemachten Versuche in bezug auf die Durchschlagkraft der neueren Geschosse veröffentlichten anatomischen Atlases wünscht. Zweifellos ist die Nahrung für die Soldaten in hohem Grade unzureichend, und der Soldat ist überdies, der keinen Zuspruch von Hause oder seinen Verwandten hat. Was nützt von dem Privat-Militärbudget neben dem offiziellen gesagt worden ist, ist vollkommen richtig. Ich kann meineswegs nur bedauern, daß Herr Kollege Schäbler seinen Antrag gegen früher abgeschwächt hat. Es sollen die Versuche fortgesetzt werden, es wird aber nicht gesagt, nach welcher Richtung. Vielleicht nach der, ob die Soldaten etwas mehr vertragen können? Es wäre besser, wenn die nothwendige Verbesserung möglichst unmittelbar einträte. Hier ist Sparsamkeit am wenigsten am Platze. Gerade als Sozialdemokrat trete ich für die Verbesserung der Mannschafstakt ein; ich habe dies wiederholt energisch auch im bayerischen Landtage gethan.

Abg. Dammacher (nat.): Diejenigen, welche die Ausgabenvermehrung empfehlen, handeln unverantwortlich, denn sie bedenken nicht die finanzielle Folge. Materiell stehe ich auf dem Boden der beiden gestellten Anträge; wenn die Finanzen sich bessern, müssen dazu in erster Linie Mittel flüssig gemacht werden. Ohne Kommissionsberatung kann man über die Anträge nicht zur Entscheidung kommen.

Abg. Schäbler (Z.): Ueber die Bosheit, welche in der Erklärung des Herrn v. Vossmar liegt, gehe ich hinweg, weil er mit mir einig ist in der Sache. Wenn alle Parteien über die Frage einig sind, dann sollte Herr Richter von seinem theoretischen Wohlwollen zur Praxis übergehen; denn von der Theorie wird kein Soldat satt. Das Geld kann auch anders als durch die Tabaksteuer beschafft werden.

Ein inzwischen vom **Abg. Richter** eingebrachter Antrag will nur die Versuche fortgesetzt wissen; über ihr Ergebnis soll dem Reichstage Mittheilung gemacht werden.

Alle Anträge werden der Budgetkommission überwiesen. Der Titel wird genehmigt.

Bei Kapitel „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ und zwar bei den Ausgaben: Zur Beschaffung des **Bariss** an Tuch beantragt die Budgetkommission einen Abbruch von 415 000 M. und schlägt folgende Resolution vor: „Die Militärverwaltung wolle die Vergütung der Tuche zentralisieren und einen größeren Theil von Submittenten zulassen.“

Abg. Müller-Dortmund (nat.) bittet um Mittheilung der

Ergebnisse der Versuche der Färbung der Militärtuche mit Mizarin.

Generalmajor v. Gemmingen: Die beiden Farbenarten sind zugelassen worden; die Indigofärbung und die Tuchfabrikanten drängen dahin, um eine Farbe zuzulassen. Darauf läßt sich die Verwaltung aber nicht ein. Die Berichte haben ergeben, daß das mit Mizarin gefärbte Tuch sich besser gehalten hat. Die Militärverwaltung ist nicht der Ansicht, daß durch die Verteilung der Lieferungen von Tuch auf die Bekleidungsämter eine Schädigung der Reichskasse entstanden ist, daß durch die Zentralisierung eine Ersparnis eintreten würde. Redner bittet, die 415 000 M. nicht zu streichen. Aber das Geld wird nicht erspart werden können, denn die Tuchlieferungen sind schon verbunden und müssen bezahlt werden.

Abg. Werner (Deutsche Reformpartei) verweist auf die Enthaltungen des **Abg. Müller-Julda** über Tuchlieferungen. Aus den Erörterungen der Kommission geht hervor, daß bei der Lieferungsvergebung eine Aenderung dringend notwendig ist, man müsse den unläuteren Wettbewerb ausschließen.

Abg. Müller-Julda (Z.): Ich bin wegen meiner Mittheilung in der Kommission heftig angegriffen worden von den Tuchfabrikanten, die den Ring bildeten. Es haben sich aber 6 von den Ringfabrikanten vom Ring zurückgezogen und sie haben meine Behauptung als vollständig richtig bezeichnet und erklären sich jetzt für die von der Kommission vorgeschlagene Resolution.

Abg. Hüpeden (N.): Solche Ringe können segensreich wirken, wenn sie der Preis- und der damit verbundenen Lohnbrüderlei entgegenwirken, den Absatz und die Produktion regeln. Sie können aber auch schädlich wirken, wenn sie die Möglichkeit bieten, daß die großen kapitalkräftigen Leute die kleinen Fabrikanten unterdrücken. Die Fabrikanten wünschen, daß die Tuchlieferungen zentralisiert werden.

Die Streichung wird vom Hause genehmigt; die Resolution der Kommission wird angenommen.

Beim Kapitel „Garnisonbauwesen“, tritt **Abg. Müller-Sagan** (fr. Sp.) für die Hilfsarbeiter im Bauwesen ein und empfiehlt, eine Anzahl derselben als etatsmäßige Beamten anzustellen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der größte Theil dieser technischen Hilfsarbeiter wird bei einzelnen Bauten beschäftigt; diese können nicht etatsmäßig angestellt werden. Anders liegt es bei den Hilfsarbeitern, welche ständig zur Entlastung der Dezerenten beschäftigt werden. Die Kriegsverwaltung hat das Erfordernis gestellt, diese Leute anzustellen. Prinzipiell ist nichts dagegen eingewandt worden; aber die Finanzverhältnisse gestatteten die Einstellung der Mittel nicht; sobald diese Verhältnisse sich bessern sollten, wird den Wünschen des Vorredners entsprechen werden können.

Beim Kapitel „Militär-Medizinalwesen“ erklärt auf eine Anregung des **Abg. v. Vossmar** (Soz.)

Kriegsminister v. Schellendorf: Der Vortrag eines deutschen Arztes über Ergebnisse der Versuche mit dem kleinkalibrigen Gewehr hat großes Aufsehen erregt, und namentlich die Aeusserungen eines französischen Blattes haben in der sozialdemokratischen Presse Besprechung gefunden. Ich habe mich darüber gewundert, daß die Ausführungen des französischen Blattes die große Beachtung gefunden haben. Ein fremder Patriot muß ja schließlich wünschen, daß unsere Gewehre garnicht losgehen. Die Versuche sind angestellt, um die Wunde kennen zu lernen, welche das neue Gewehr verursacht; wir haben sie angestellt an todtten Pferden und an in Leinwand gemachten anatomischen Präparaten. Die Versuche sind veröffentlicht vor den Sachverständigen von ganz Europa; in Rom nämlich. Der Atlas umfaßt 60-60 photographische Darstellungen, und es gehört dazu ein Text. Der Atlas kostet etwa 60 M. Ich muß die Anwesenden fragen, ob sie es für geschmacklos halten würden, wenn wir den Atlas in die Schaufenster gelegt hätten. Solche Dinge sind nur für den Fachmann. Wir wollen es nicht ausbeuten lassen gegen den Militarismus; es ist schon ausgebeutet worden, indem man die Waffe als die inhumane bezeichnete. (Sehr richtig! links.) Wer vom Schrapnell oder der Sprenggranate getroffen wird, der fühlt sich unangenehm berührt, als wenn er vom kleinkalibrigen Gewehr getroffen wird. Ueberreife Äpfel und Kartoffeln sind humanere Geschosse; aber wenn der Feind die Grenzen überschritten hat, dann würden wir damit wenig erreichen, selbst wenn der Feind sich mit Schrotkugeln begnügen wollte. Man muß den Soldaten die besten Waffen geben, damit sie den Feind schneller außer Gefecht setzen können, als sie selbst getroffen werden. Wenn man nicht die Waffen verbessern wollte, dann müßten wir wieder zur Streikart zurückgreifen und zur alten Kampfweise, wo man die Feinde nicht außer Gefecht setzte, sondern einfach todtschlagt.

Abg. v. Vossmar bestreitet, daß er seine Anregung aus einem französischen Blatt entnommen habe. Warum soll der Atlas nicht ebenso wie alle anatomischen Werke in den Buchhandel gebracht werden? Der Atlas soll nicht leicht zu erlangen sein, weil er nur unter gewissen Bedingungen abgegeben wird.

Kriegsminister v. Vronsfart: Wir wünschen die Publikation durchaus nicht geheim zu halten. Wir wollen nur verhindern, daß das Werk in unrichtige Hände kommt, die es zu agitatorischen Zwecken benutzen wollen.

Bei der Ausgabe für den Ankauf der Remontepferde kommt

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) auf die von ihm schon früher vorgetragene Beschwerde wegen der Benutzung der Krümpferpferde zurück; die Fuhrwerksbesitzer klagen über die Konkurrenz, welche ihnen damit gemacht wird. Die neuen Vorschriften haben allerdings in manchen Punkten die Klagen beseitigt; aber die Klagen bestehen weiter, weil die Zahl der Krümpferpferde gegen früher vermehrt worden ist. Redner verweist besonders auf seine Heimatstadt Glogau, wo sich die Konkurrenz der Krümpferpferde für die Dreschlenbesitzer sehr schädigend bemerkbar mache.

Beim Titel Reiskosten bemerkt

Abg. Bebel: Die Reiskosten und Lageder sind in den letzten Jahren bedeutend in die Höhe gegangen. Bereits in den 80er Jahren hat der Reichstag in einer Resolution eine Aenderung verlangt. Auch im vorigen Jahre ist eine solche Resolution gefaßt. Auch diesmal hat der Bundesrat die Sache zu keiner Entscheidung gebracht. Man theilte uns mit, die Resolution sei dem Reichskanzler überwiesen und die Erörterungen seien noch nicht abgeschlossen. In der Budgetkommission ist die Auskunft gegeben, daß man eine Entscheidung nicht treffen könne, weil allerdings andere Einrichtungen noch abzuwarten seien, so die eine: andere Regelung der Eisenbahn-Personentaxe. Diese Frage ist ja vielfach erörtert, aber die maßgebenden Faktoren haben noch keine entscheidende Stellung nehmen können und es läßt sich auch nicht voraussagen, wann neue Tarife eingeführt werden. Andererseits wollte man die neue Gehaltsregulierung abwarten. Dieser Punkt kann aber gar nicht in Betracht kommen. Die Sache wird dadurch noch bedeutsamer, daß ein Kommissar in der Kommission mehr bekommen, als sie in Wahrheit veranschlagen, damit motivirt, es solle hierin eine Art Gehaltsverhöhung angeprochen sein. Dagegen müssen wir uns entschieden erklären. Niemand in diesem Hause wird wünschen, daß die Beamten aus ihrem Gehalt noch besondere Ausgaben für Reisen machen sollen. Wir

meinen, daß in diesem Falle ihnen voller Erfolg, aber auch nicht mehr, erstattet werden soll. Die Diätenfrage sind alle ungleich. Einmal werden bedeutende Ersparnisse gemacht und ein anderes Mal müssen noch erhebliche Zuschüsse geleistet werden. Die verschiedenen Sätze bewegen sich zwischen 80 und 3 M. und die letzten drei Stufen sind außerordentlich niedrig. Die Kosten werden für den ganzen Tag bezahlt, wenn sich die Reise nur auf einen Teil des Tages erstreckt. In Süddeutschland bestehen keine anderen Einrichtungen. Während ein Kilometer 1. Klasse Eisenbahn bei einfacher Fahrt 10 Pf. kostet, werden nach diesem Tarife 13 Pf. bezahlt. Es kommt häufig vor, daß Personen, die erster Klasse vergütet bekommen, sich mit der zweiten begnügen, aber die erste liquidieren. Eine Reise von Berlin nach Köln kostet 71 M., nach der Berechnung, die hier zu Grunde gelegt wird, bekommt der betreffende Beamte 138 M. 92 Pf., spart also dabei 67 M. Bei einer Reise nach Stralsburg werden 112,55 M. gewonnen. Hier könnten Millionen geholt werden, wenn man nur das vergüten wollte, was man von rechts wegen zu vergüten hätte. Ich werde diese Frage jedes Jahr erörtern, bis die Herren von der Reichsregierung sich geneigter zeigen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Durch eine Aenderung des Reisekostenwesens werden die großen finanziellen Erfolge, die der Vorredner vielleicht erhofft, nicht erreicht. Die Notwendigkeit einer Aenderung ist aber anerkannt von allen Ressorts. Es wurden aber mehrere Einwendungen gemacht. Es wird eine Aenderung dahin möglich sein, daß man bestimmten Funktionären, die periodisch kurze Reisen machen, ein Pauschquantum als Entschädigung gewährt. Das jetzige System ist nicht haltbar, das erkenne ich an. Aber eine Regelung der Diätenfrage ist schwieriger, weil sie mit den Rangverhältnissen zusammenhängt. Aber auch hier sind Mithände vorhanden, die abgestellt werden müssen.

Abg. Webel: Die Antwort des Staatssekretärs klingt allerdings etwas anders als die Ausführungen, die in der Kommission gemacht sind. Er hat nur die Schwierigkeiten hervorgehoben, die in der Sache selbst liegen. Daß gewisse Schwierigkeiten vorhanden sein mögen, will ich nicht bestreiten, daß sie aber gehoben werden können, steht fest. Die Schwierigkeiten bei dem Dienstalterssystem waren viel größer. Wie die Herren die einzelnen Fragen erwägen, ob sie bestimmten Beamten ein Pauschquantum geben wollen, oder wie sie es sonst einrichten wollen, ist uns gleichgültig; für uns kommt es nur darauf an, daß die Reisekosten und Tagelöhne nur dem entsprechend vergütet werden, was der Betreffende selbst aufzuwenden hat.

Abg. Richter: In der Erklärung des Staatssekretärs liegt ein gewisses Entgegenkommen; ich erkenne auch an, daß die Diätenfrage von der Reisekostenfrage zweckmäßigerweise getrennt werden muß. Wir müssen aber nicht warten, bis Preußen vorgeht. Der preussische Finanzminister macht die Sache abhängig von der allgemeinen Besoldungsverbesserung. Durch Ersparnisse auf diesem Gebiete können schon einige Mittel für die Aufbesserung der Beamtengehälter gewonnen werden.

Beim Kapitel „Militär, Erziehungs- und Bildungswesen“ beantragt die Budgetkommission: Den Reichskongress aufzufordern, die Aufbesserung des Gehalts der Volksschullehrer bei den Unteroffizierschulen, den Unteroffizierschulen u. s. w. in Erwägung zu nehmen.

Nachdem **Abg. Müller** (Fr. Sp.) die Resolution empfohlen, wird dieselbe angenommen.

Zu übrigen wird das Ordinarium des Militäretats ohne weitere Debatte nach dem Antrage der Kommission angenommen.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Einmalige Ausgaben des Militäretats.)

Tokales.

Der Armen-Etat gab in der Stadtverordneten-Sitzung vom Donnerstag, in welcher die Beratung des Etats für 1895/96 fortgesetzt wurde, wiederum Anlaß zu einer recht lebhaften Debatte über die alte Streitfrage, ob längere Stundung der Kosten für die Verpflegung in städtischen Krankenhäusern als Armenunterstützung im Sinne des Gesetzes über den Armenunterstützungswohnsitz anzusehen ist und demnach das Wahlrecht aufhebt oder nicht. Der Etatsausschuß beantragte diesmal eine Resolution, die statt der jetzt vom Magistrat beliebigen Stundung auf nur 4 Wochen ein volles Jahr fordert und im Falle der Ablehnung auch dieses Kompromißvorschlag um Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung der Angelegenheit ersucht. Der Magistrat, vertreten durch Stadtrath Bohm und Oberbürgermeister Jelle, suchte seinen Standpunkt noch einmal als durch das Gesetz vorgeschrieben zu begründen, mußte sich aber vom Genossen Singer lassen, daß dieser Standpunkt weder logisch noch human sei. Das brachte Herrn Jelle, den sonst so gefesteten, forcellen Mann, gewaltig in Harnisch. Er sprach von unangebrachten Pathos und dergleichen, und als ihm zu verstehen gegeben wurde, daß vom Magistrat eine andere als fähle Behandlung dieser für die Unbemittelten ungemein wichtigen Frage nicht zu erwarten sei, da glaubte er mit erhobener Stimme erklären zu müssen, daß auch der Magistrat Erdarmen mit seinen unbemittelten Mitbürgern habe. Dieses Pathos war nun allerdings unangebracht, ebenso wie der Beifall, den die bürgerlich gesinnte Majorität der Versammlung spendete. Hat man vergessen, welche Behandlung die Petition der Arbeitslosen um Beschäftigung vor mehreren Jahren erfuhr? — Die Resolution wurde übrigens mit großer Mehrheit angenommen. Herr Jelle hatte jedoch bereits vorher angekündigt, daß der Magistrat keine sonderliche Neigung habe, sich durch eine gemischte Deputation belehren und beschreiben zu lassen. Die Angelegenheit dürfte daher zu einem Konflikt zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung führen, den das Ober-Verwaltungsgericht zu schlichten haben wird.

Zur Frage der Einverleibung hat jetzt der Magistrat von Berlin an die Charlottenburger Stadtverwaltung folgendes in Form von Inhalt ausfallendes Schreiben gerichtet: In der Eingemeindungs-Angelegenheit sprechen wir dem Magistrat für Uebersendung des Stadthaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1895/96 nebst Anlagen unserer verbindlichen Dank aus. Wir gestatten uns nochmals die ergebende Anfrage, ob auch unsere wiederholten Ersuchen um Angabe der Daten bezüglich der theilweisen Eingemeindung nunmehr auf Erledigung im Sinne unseres Schreibens vom 28. Dezember v. J. rechnen können. Wir haben in der Eingemeindungsfrage zunächst die Interessen unseres Gemeinwesens wahrzunehmen. Wenn die theilweise Einverleibung des dortigen Stadtbezirks nach der Auffassung Wohlwollender dem Gemeindegemeinschaften Charlottenburgs durchaus widersprechen sollte (1), so stellen wir ergebenst anheim, einen etwa diesbezüglichen Protest direkt der königl. Staatsregierung vorzutragen. Wir würden aber, wenn wir nicht möglichst umgehend wenigstens die Zusage der zur Weiterberatung erforderlichen Unterlagen und Berechnungen erhalten sollten, zu unserem aufrichtigsten Bedauern genöthigt sein, uns beschwerdeführend an den Herrn Regierungspräsidenten zu Potsdam zu wenden. Magistrat hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt, Jelle. Diesem Schreiben Berlins gegenüber hat der Magistrat von Charlottenburg trotz der kategorischen Forderung in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, auf seinem bisherigen ablehnenden Standpunkt in der Einverleibungsfrage Berlin gegenüber stehen zu bleiben.

Aus der Eisenbahn-Hauptwerkstatt am Markgrafendamm hatten wir kürzlich über eine Weltausstellung zu Gunsten des scheidenden Direktors Herrn Garbe zu berichten. Unsere in der Angelegenheit gebrachte Mittheilung, daß diese Sammlung unter den Arbeitern dieses Blut erzeugt habe, wurde, zwar

in einer seltsamen Zuschrift, die der „Banner-Ausschuß“ der Werkstatt an uns richtete, dementirt, aber ihre gute Wirkung hat diese Mittheilung doch gehabt. Den Arbeitern ist nämlich das Geld, das von ihnen gesammelt war, wieder zurückerstattet worden, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach auf einen Wink von oben her. Nur die Bekehrte werden, wie ihr Meister Herr Garbe sagt, dem Herrn Garbe ein Geschenk machen. Warum gerade die armen Jungen, die wohllich schlecht genug gestellt sind, und denen z. B. vom letzten Lohn selbst die Feiertage abgezogen werden, sich in dieser Ehrung des Herrn Garbe austreffen, wissen wir nicht. Wir nehmen an, daß diese Jellen genügen, damit auch den Lehrlingen das Geld, das unter ihnen etwa bereits gesammelt sein sollte, wieder ausgehändigt werde.

Die Rentenquetschen, in welche im Zeitalter der Sozialreform und der humanen Arbeiterbehandlung die Invaliden der Arbeit von den Berufsgenossenschaften geschickt werden, genießen bekanntlich einen wohlbegründeten Ruf in Proletariatskreisen. Zahlreich sind die Beschwerden, welche die zur höheren Ehre des Gottes Kapital verunglückten Arbeiter, denen zum Zwecke der Rentenherabsetzung in diesen Instituten geholfen werden soll, über die ihnen zu theil gewordene Behandlung bei uns vorbringen, und oft genug haben wir die traurige Pflicht gehabt, etwas mehr Rücksicht für die Verletzten zu fordern. Heute ist es unsere Pflicht, uns mit der Orthopädischen Anstalt des Herrn Dr. Müller, Friedrichstr. 23, zu beschäftigen. Der Inhaber dieses Instituts verleiht uns „erfolgreich“ zu kurieren. Ob zu dem Umfange, daß verunglückte Arbeiter allerdings zuweilen recht schärfel seine Anstalt verlassen, um sich dann mit einer niedrigeren Unfallrente durchzubugern, einzig seine Kurmethode die Ursache bildet, vermögen wir als Laien nicht zu entscheiden. Thatsache ist aber, daß in dem Institut des Herrn Dr. Müller die Beleglichkeit, soweit sie durch Kleinlichkeit bedingt wird, nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt, und daß Kranke, die auf etwas höherer Kulturstufe als gewisse asiatische Völker stehen, allen Respekt bekommen können. Bei Herrn Dr. Müller erhalten die kranken Unfallrentner frische Seiwäsche nur alle vierzehn Tage geliefert; Taschentücher giebt es aus unbekanntem Grunde überhaupt nicht. In anderen Heilanstalten ist es das erste, daß dem eingeleiteten Kranken ein Reinigungsbad bereitet wird, bei Herrn Dr. Müller giebt es in der Regel ein solches nicht; ja, es soll vorgekommen sein, daß man für einen „Neuen“ nicht einmal ein frischbezogenes Bett bereit hatte. Ein Kranker in der Anstalt behilft sich heute noch mit dem Bezug, den sein Bett am 8. Dezember v. J. erhalten hat. Wir glauben, es in Rücksicht auf das Wohlbedinden unserer Leser unterlassen zu müssen, die Farbe eines solchen Bettüberzuges zu schildern. In der Anstalt scheint man ferner Spuckgläser für die bettlägerigen Kranken nicht für nöthig zu halten, denn die Kranken verunreinigen mit ihrem Aushauch den Fußboden des Zimmers; ein Spucknapf fehlt ferner sowohl im Spechzimmer, als in den drei Lebenszimmern. Während der Nachtzeit haben die Kranken ihre Bedürfnisse in einem Eimer zu verrichten; ein Pissoir ist in der Anstalt nicht vorhanden.

Aber nicht nur die Kleinlichkeit, auch die Bedienung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Für durchschnittlich zwanzig Kranke soll eine Köchin als Wärterin fungiren. Dieser Dame liegt gleichzeitig die Speisung der Kranken ob, wie sie auch für deren Wäsche zu sorgen hat; schließlich hat die Köchin auch noch einen in der Anstalt wohnenden Arzt zu bedienen. Daß bei einer solchen Arbeitslast sehr zum Schaden für die Kranken nichts Ordentliches geleistet werden kann, leuchtet wohl jedem ein. Da Beschwerden der Unfallrentner beim Leiter der Anstalt bislang noch keinen sichtbaren Erfolg gehabt haben, so erlauben wir uns im Interesse der unglücklichen Arbeiter die Anfrage, ob die Berufsgenossenschaften damit einverstanden sind, daß die Pflegerlinge des Herrn Dr. Müller in der geschilderten Weise behandelt werden. Wie es heißt, wird dort die Summe von 300 M. täglich für jeden Kranken bezahlt. Wir meinen, daß dieser Betrag ausreicht, um billige Wünsche der Kranken zu berücksichtigen.

Gefinnungslässigkeit deutscher Künstler. In der vorgestrigen Generalversammlung des Vereins Berliner Künstler wurde ein Antrag auf Erlass einer Petition gegen das Umfurgesetz abgelehnt, „als nicht in den Rahmen des Vereins gehörig“. Die Kunst geht nach Brot, und da den Künstlern auch vom Staat zuweilen ein Brocken zugeworfen wird, so muß alles verniedert werden, was oben anstehen könnte.

Immer schneidig. Ein schnelles Ausrücken den Arbeitern gegenüber scheint in heutiger Zeit auch seitens einzelner Berliner Steuerheber für zeitgemäß gehalten zu werden. So wurde dieser Tage ein im Norden Berlins wohnhafter, in Arbeit stehender Arbeiter beim Entleeren seines Briefkastens durch folgende, von einem hiesigen Steuerheber auf die Rückseite einer gedruckten amtlichen Zahlungsaufforderung mit Bleistift geschriebene kategorische Mittheilung aufs freudigste überrascht: „Wenn Ihre Steuer bis morgen früh nicht bezahlt ist, lasse ich Ihre Thüre auf Ihre Kosten öffnen, um zu pfänden.“ — Steuern zahlen ist die erste Bürgerpflicht, woher nehmen, danach fragt man nicht.

Auf einen verantwortlichen Redakteur wartet immer noch das Schwere Buch der Hauswirth. Der Hauptmacher dieses humanen Werkes, der auch die Verantwortung übernehmen sollte, Herr Abdrick, hat die Geschichte brenzlich gefunden und nicht allein den Plan der Redigirung, sondern auch selbst seine Mitgliedschaft im Grundbesitzerbunde aufgegeben. Wer wagt jetzt die Pergabe seines ehrlichen Namens?

Eine scheinbar neue Krankheit tritt in der Halleschen Vorstadt und in der oberen Friedrichstadt zur Zeit epidemisch auf. Sie erscheint ebenso schnell und unvermuthet wie die Influenza und wirkt sehr aufsteigend. Die Krankheit beginnt mit Blasenbildungen im Munde, auf Zunge und Gaumen und in der Rachenhöhle, die Blasen gehen allmählich auf und es entstehen wunde Stellen, die recht schmerzhaft sind. Der Kranke kann feste Nahrung überhaupt nicht zu sich nehmen und kaum sprechen. Die Krankheit dauert etwa vier bis sechs Tage und hinterläßt ein großes Schwächegefühl. Der ärztliche Cautell beschränkt sich im wesentlichen auf Mundspülungen mit Kamillenthee u. dergl. Es soll Familien geben, in denen drei und vier Personen gleichzeitig von dieser Krankheit befallen wurden.

Nixdorf soll Stadt werden! Vor kurzem hatte die Gemeinde Nixdorf bei dem Minister des Innern um die Verleihung städtischer Verfassung petitionirt, da bei dem enormen Anwachsen des Ortes die jetzige Art der Verwaltung auf die Dauer zur Unmöglichkeit werde. Auf diese Petition ist am Donnerstag ein Schreiben des Ministers des Innern eingegangen, in welchem die Gemeinde vorläufig benachrichtigt wird, daß der Minister die Einleitung der Verhandlungen wegen Verleihung städtischer Verfassung an die Gemeinde Nixdorf auf Grund des § 1 der Landgemeinde-Ordnung bereits angeordnet habe. Die Angelegenheit wird also demnächst den Letzteren Kreisrat und den Provinzial-Landtag zu beschäftigen haben.

Das Casan'sche Panoptikum dürfte demnächst einen neuen Besitzer erhalten in der Person des Inhabers des Mosbiter Gesellschaftshauses und Delonome des Passage-Panoptikums Hermann Peters. Die Verhandlungen dürften dem Abschluß nahe sein. Ob und in wie weit das bekannte Sittlichkeitsverbrechen des Herrn Casan auf diesen Besitzwechsel Einfluß gehabt hat, entzieht sich unserer Kenntniß.

Der Verein „Centa“ eröffnete gestern in den Ausstellungsräumen des Hauses Mohren- und Friedrich-Strapen-Ecke seine achte Vogelaußstellung. Diefelbe ist äußerst reich besetzt und bietet für Kennur und Laien viel Interessantes. Die ganze Ausstellung umfaßt 1962 Ausstellungsgegenstände, und zwar in der 1. Abtheilung Papageien, in der 2. fremdländische Körnerfresser,

in der 3. einheimische Körnerfresser, in der 4. Kanarienvogel, in der 5. Nistlinge, in der 6. fremdländische Kerbtier- und Wälschutterfresser, in der 7. einheimische Kerbtier- und Wälschutterfresser, in der 8. Tauben und Hühnerfresser, in der 9. Raben, Raub- und Sumpfvögel, in der 10. Hilfsmittel zur Vogelzucht und Zucht und in der 11. Gegenstände der Wissenschaft und Kunst.

Der Verein hat heute folgende Preise vertheilt. In der Abtheilung für einheimische Vögel erhielt Herr W. Lemm-Berlin die goldene Medaille für die Gesamtleistung und einen Ehrenpreis für die beste Kollektion Graamäden. Silberne Medaillen erhielten: die Herren H. Wilhelm, G. Puyse, J. Schulze-Königsberg, G. Waber-Ludenwalde und O. Säuberlich-Friedrichshagen. Bronzene Medaillen erhielten: die Herren K. Falk-Stolp i. P., J. Hildebrand-Schlichter und H. Schulze-Altendorf. Diplome erhielten: die Herren J. Weizsäcker, Frankfurt a. M., J. Verbrand-Nachen, O. Gutsch-Wiesbaden, O. Götze-Damburg und H. Köhn. In der Abtheilung für fremdländische Vögel erhielt Nittergutbesitzer v. Prosch-Ober-Soland die goldene Medaille, ferner: Christian Hagenbed-Damburg, Lieutenant Dauth-Potsdam, letztere außerdem ein Trinthorn als Ehrenpreis. Die silberne Medaille erhielten: Herr H. Köhn, Frau Waidhausen-Eisen, Herr O. Säuberlich-Friedrichshagen, Fraulein Stehle-Damburg. Die bronzene Medaille erhielten Herren W. Hoffmann-Hudarde bei Dortmund, H. Schulze-Altendorf. In der Abtheilung Kanarienvogel erhielt Herr Ernst Hinge die goldene Medaille und die silberne Medaille des Vereins der Vogelzucht aus Wien. Die silberne Medaille erhielten die Herren Gust. Rudolph-Berlin, E. Savage und J. Haud. Die bronzene Medaille erhielten die Herren F. Haake, E. Rausch, Wöhrnengel und W. Sittel, sämmtlich in Berlin.

Ueber das Bistumendell, das am Dienstag Morgen in Brunwald festgefunden hat, berichtet das „Kl. Journal“ noch, daß die beiden Duellanten der cand. jur. Rubinstein und der stud. phil. Lehmann waren. Rubinstein ist bereits am Mittwoch seiner schweren Verletzung erlegen. In dem im Gebäude des Centralhotels gelegenen Central-Bazar entwickelte sich die Vorgeschichte des Duells. Dort befand sich am Abend des letzten Wintergarten-Balles cand. jur. Rubinstein in Gesellschaft des Stiefsohnes von Josef Raing, des Studiosus Duhler. Es entspann sich zwischen Lehmann und Rubinstein ein Wortwechsel, welcher einen antisemitischen Charakter hatte. Die Erbitterung der Gemüther steigerte sich so sehr, daß Lehmann dem Rubinstein ein paar Ohrfeigen gab. Darauf ließ Rubinstein seinen Gegner durch Herrn Duhler fordern. Der Geobriefte hat den ihm angethanen Schimpf noch mit dem Leben hängen müssen. Und der Mensch, der diesen durch die Ehrbegriffe einer verfaulenden Klasse privilegierten Nord begangen, konnt einige Zeit auf der Festung herum. Dann wirkt er als Ehrenmann und gesellschaftsrettende Stütze weiter, und kämpft für Ordnung, Religion und Sittlichkeit gegen die Mächte des Umfuges, welche konsequent den Duellmord wie jeden anderen mit Juchthand bestraft wissen wollen. Eine saubere Gesellschaft, diese Staatsstücken!

Recht sonderbar klingt folgendes Plakat, das gestern Morgen an den Anschlagtaulen prangte. Es lautet: „Zur Nachricht! Geld wird bedürftigen, achtbaren Taubstummen, Blinden, Lahmen, Budligen, Gelähmten, überhaupt mit körperlichen Gebrechen behafteten, in Berlin wohnenden Leuten geschenkt; indem jedoch nur wenig vorhanden ist, in kleineren Beträgen. Zuschriften mit kurzen und durchaus wahrheitsgetreuen Angaben sind heute oder morgen — da später abgehend Briefe nicht abgeholt werden können — unter: F. H. G. 616 im Senz an das Hauptpostamt Königsstraße (postlagernd) einzusenden. — Um nicht Unzufriedenheit zu erregen, mögen sich nur die allerbedürftigsten gebrechlichen Personen melden, da nur wenige, nachdem genaue Erkundigungen eingezogen sind, später Geld erhalten können. Berlin, den 8. März 1895. Der Vertheiler.“ — Ist das ein schlechter Scherz, der mit den Armen getrieben werden soll, oder handelt es sich wirklich um einen schrullhaften Akt der Wohlthätigkeit?

Aus dem Märzprogramm des Reichshallen-Theaters treten zwei Nummern hervor, die auch auf das Publikum, welches der Spezialitätenbühne an sich sonst nicht besonders hold ist, Interesse ausüben werden. Zunächst nennen wir die junge Geigenkünstlerin Fräulein Hermine Krantz, die durch ein vortrefflich gewähltes Programm, wie auch durch ein Spiel, das auf bedeutender technischer Höhe steht, die Zuhörer allabendlich entzückt. Einige durchaus nicht leichte Konzertsätze, die wir gestern von der Dame spielen hörten, bewiesen, daß der Beifall, den sie sich errang, ein in jeder Beziehung wohlverdienter war. Dann ist Herr Theowin's Gallerie moderner Meister zu nennen, die in prächtigen Lichtbildern Kopien von Werken der bedeutendsten deutschen, italienischen und französischen Maler und Bildhauer mit entzückender Naturtreue wiedergibt. Diesen beiden besonderen Zugängen schließt sich das übrige reichhaltige Programm des Reichshallen-Theaters an, aus dem wir namentlich noch die Vorträge der schwedischen Geschwister Bergström lobend hervorheben wollen.

Größere Störungen von schulpflichtigen Knaben haben in den letzten Tagen in der Polizeiwache des 88. Reviers stattgefunden. Das eine Mal handelte es sich um 15 Vogelzuchtler, die hinter der Dampferstraße ihrem gemeinschaftlichen Vergnügen nachgegangen waren, das andere Mal um etwa 30 Theilnehmer an einer Schulschlacht. Solche Zustände sind nur zu erklärlich unter Verhältnissen, welche die Mütter der Proletarierfamilien bei Strafe des Verbüßens zwingen, sich für länglichen Lohn tags über auf der Fabrik ausbeuten zu lassen, anstatt der Sorge um ihre Kinder obzuliegen.

Vor einer Eisenbahnung warf sich am Freitag Mittag auf dem Bahnhof Treptow der frühere Gymnasiallehrer Dr. phil. Hermann Krüger, der vor einigen Jahren von auswärts nach Berlin zog und in dem Hause Haleschestr. 7 mit seiner Gattin zusammen wohnte. Der 51 Jahre alte Mann erschrak sich durch Privatunterricht und durch das Abvermieten möblirter Zimmer. Als der Zug nach Rummelsburg um 12 Uhr 20 Minuten den Bahnhof Treptow verließ, ließ Dr. Krüger auf dem Nebenwege einige Schritte vor und warf sich vor die Maschine. Er wurde entsetzlich verkrüppelt und war gleich todt. Ueber die Veranlassung zu dem Selbstmorde ist genaues nicht zu ermitteln gewesen.

Gefälschte Souderrmarkscheine sind in den letzten Tagen in mehreren Exemplaren bei Labenschlichtern im Bezirk der nördlichen Rosenthaler Vorstadt zur Ausgabe gelangt. Die falschen Scheine sind ganz vorzüglich nachgeahmt, nur ist die blaue Farbe um einen Schein heller als bei den echten Scheinen.

Witterungsübersicht vom 8. März 1895.

Stationen.	Barometer (Höhe in mm, reduziert auf Meeressp.)	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 10 u. 40 u.)
Eisenmünde . . .	765	SEO	1	Dunst	- 3
Hamburg . . .	764	EO	2	Dunst	- 5
Berlin . . .	765	StW	0	Nebel	- 5
Wiesbaden . . .	763	StW	0	wollenlos	- 5
München . . .	762	EO	2	Nebel	- 13
Wien . . .	764	SWW	2	wollenlos	- 5
Opavanda . . .	765	StW	0	bedeckt	- 12
Treptow . . .	765	OWO	1	bedeckt	- 8
Gortz . . .	742	EW	3	Regen	- 7
Aberdin . . .	754	S	2	wollig	- 4
Paris . . .	760	SEO	3	wollig	- 1

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 9. März. Opernhaus. VIII. Synchronabend der königl. Kapelle. Schauspielhaus. Geschlossen. Deutsches Theater. Die Weber. Festung-Theater. Der Geizige. Niobe. Berliner Theater. Heimat. Residenz-Theater. Hernand's Ehekontrakt. Neues Theater. Liebe von Heut. Vorher: Unsere Wadische. Theater Unter den Linden. Kapitän Carracciolo. Schiller-Theater. Gracchus, der Volkstribun. Sellenkianze-Theater. Verliebte Mädchen. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger. Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps. Gefindeball. Central-Theater. Unsere Rentiers. National-Theater. Die lebende Brücke. Alexanderplatz-Theater. Nathan der Weise. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Sonnabend, 9. März, abends 8 Uhr: Gracchus, der Volkstribun. Sonntag, 10. März, nachm. 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Frauenkampf. — Abends 8 Uhr: Der Weidacher, Kresser. Dichter-Abende. Im Bürgercafé des Rathhauses, abends 7 1/2 Uhr: Zum 2. Male; Rauter-Abend. Montag, 11. März, abends 8 Uhr: Gracchus, der Volkstribun. Dienstag, 12. März, abends 8 Uhr: Hagar's Sohn. Mittwoch, 13. März, abends 8 Uhr: Gracchus, der Volkstribun.

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der ersten Pionette u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London. Ein fideles Corps. Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen Original „A Galoty Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren. Vorher: Gefindeball.

Gefindeball.

Schwank in 1 Akt von Ed. Jacobson und Jean Kren. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen! Die Riesen des dunkeln Erdtheils: Die Dinka, 40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Mariotta. „Präsident Faure“.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Emil Thomas a. G. Novität! Zum 22. Male: Novität! Unsere Rentiers. Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannsädt und Julius Freund. Musik von Julius Einödhofer. Anfang 1/2 8 Uhr.

Feen-Palast

Surgstr. 22, neben der Börse. Neues colossal. Programm. Die 8 Granathos. Die mysteriösen Liliputaner (darunter die kleinste Serpentin-Tänzerin der Welt). Cousin August m. seinem brasilian. Orang-Utang. Little Ella, das Wunderkind. Mr. Paolo Vendaro. Lilly Wellini, Kostüm-Soubrette. Wilhelm Fröbel. Berlin's 1. Orig.-Humor-Matador. Gisella-Trio. The 4 Original-Dissonatos. Brothers Uricos. Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags: Konzert 6 1/2 Uhr, Vorst. 7 Uhr.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182. Direktion: Max Samst. Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder Die lebende Brücke. Großes Sensations-Schauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überleitet von S. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedecke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Ladowitz. Regie: Max Samst. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Kaufmann's

Station Naucke. Variété. Am Bahnhof Alexanderplatz. Das März-Programm hat einen durchschlagenden Erfolg erzielt! Naucke, Naucke ist noch immer die Parole!!! 8 1/2 und 9 1/2 Uhr: Drei Schwestern Eilviar. Elly Leona. Joe Bimbo. (So wird's gemacht.) Die allbeliebt. Stephanie u. Behrouz. Die urkom. Corty u. Rappo.

Parodie-Theater

Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.). Kabale und Liebe oder: Der abgeführte Wurm. Die lebende Mordgrundsbrücke oder: Der verfluchte Greis. Madame Sans-Gêne. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

„Sanssouci“

Kottbuserstraße 12. Sonntag, 10. März: 4260. Soirée der Stettiner Sänger (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.) Anfang 7 Uhr. Entrée 50 Pfg. Grossartiges Ensemble-Programm. Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

Unter den Linden 21.

Einzig in seiner Art. Heute zum 179. Male. Täglich abends 7 1/2 Uhr. Oriental. Magie. Preise: 3, 2 und 1 M. Sitzplatz. Jeden Sonntag Nachmittag 4 Uhr: Familien-Vorstellung zu halben Preisen.

Passage-Panopticum.

27 Gitanos aus Andalusien. Vorstellung um 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr. Jeden Sonnabend, Sonntag und Montag: Große musikal. Gala-Abendunterhaltung in Osang's Restaurant. Reichenbergstr. 184. — Geöffnet bis 12 Uhr abends. 2997b

Marienfelde und Umg.

Sonntag, den 10. März, nachm. 8 1/2 Uhr, im Colale des Herrn Teutschbein, Marienfelde. Deffentl. Volks-Versammlung. Tagesordnung: 1. Wie verbreiten wir unsere Presse? 2. Wahl einer Zeitungskommission für Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Umgegend. 259/8 Der Einberufer: S. Thalheim, Marienfelde. Die Genossen aus Lichtenrade, Pantow und Umgegend wollen gleichfalls zu dieser Versammlung sich einfinden.

Für Wiederverkäufer.

Ger. Schinken 6-12 Pfund schwer, à Pfd. 65-80-86 Pf. Ger. Speck, von 5 Pfund an, à Pfd. 56-60-63 Pf. Salami, f. Leber- u. Schlackwurst, 5 Pfund gemischt, à Pfd. 75 Pf. Roth-, Zwiebel- u. Mettwurst, 5 Pfd. gemischt, à Pfd. 48 Pf. Pökelkamm, ohne Knochen, à Pfd. 60 Pf. J. A. Partenheimer, Kaiser Wilhelmstr. 19a, neben der Markth., an der Münzstraße.

Achtung!

Zahnerfab, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mart. G u e l, Lauffer Platz 2, Esfasserstr. 12. Ruhbaum-Wübel. Verlaufe (sof. vollständige Bohrer- und Schlafzimmer-Einricht. spottbill., auch einzeln, sowie Regulator, Teppiche, Bilder, Steppdecken, Plüschgarnitur (Brautleuten empfehlenswerth). Landwehrstraße 5/6. Vier Mark. Iosien 2 Kabinett- und 12 Bildstöcker bei Böhme, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstraße.

Oranien-Bad.

Oranienstraße 41, zw. Moritz- u. Oranienplatz. Bäder-Besitzer für sämtliche Krankenkassen Berlins u. Umgegend. Dampfbäder, Packung in seidene Tafeln. Massage. Vereinsmitglieder zahlen nur 75 Pfg. pro Bad mit Packung u. Massage. Wannenbäder. 3 Bäder mit Seife u. Handtücher 1 Mk. Außerdem: Sool-, Schwefel-, Sitzbäder. Neu eingerichtete Abtheilung: Gläser, Wickel etc. System Knolpp.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE Neuheiten für die Frühjahrs- u. Sommerfaison in Kleiderstoffen. Reichhaltige Sortimente im neuesten Geschmack. Fertige Kostüme, Kostümröcke u. Plusen. Die schönsten Kinderkleider für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröcke, Unterröcke und Schürzen in größter Auswahl, vorräthig, ev. Maßanfertigung schnell! BERLIN, N. CHAUSSÉE-STR. 14.

Fritz Bock, Herren- u. Knabengarderobe.

Schneidermeister, Oranienstr. 204. fertig und nach Maß. — Garantie für tadellosen Sitz. Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen. Bestellungen in kürzester Zeit. — Billigste, feste Preise.

Wilhelm Roll, Weiß- und Bairischbier-Local.

Waldemarstr. 61, Ecke Mariannenplatz. Hochfeine Weisse, vorzügliches Lagerbier (Brauerei Pichelsdorf), kalte und warme Speisen u. Getränke zu jeder Tageszeit. Vereinszimmer mit Piano für 40 Personen. Zahlstelle der „Berliner Bauhandwerker-Krankenkasse“, unentgeltlicher Arbeitsnachweis und Verkehrslocal (jeden Sonntag Morgen) der Maurer des Süd-Ostens. 1743b Kleider sp. spottb. Oranienstr. 159, III z.

Bock - Branerei

Tempelhofer Berg. 57. Bock-Saison. Täglich: Militär-Konzert. Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Zum kleinen Prälaten

Liebenwalderstr. 43. Den Parteigenossen, sowie Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß ich obiges Local mit dem heutigen Tage eröffne. R. Wilke, früher Hochstraße 82a. Neu eröffnet! Neu eröffnet! Zum kleinen Prälaten Liebenwalderstr. 43. Den Parteigenossen, sowie Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß ich obiges Local mit dem heutigen Tage eröffne. R. Wilke, früher Hochstraße 82a.

Dirigent gef. f. Ges.-Ver. Mittw. Schriftl. Meld. bis Sonntag b. Ringel, Kottbuser Ufer 57. 8009b

Butstirne — spottbillig!

Zu Knaben-Anzügen, Herren-Hosen, reise, Anzugreste, Paletotreste, Futterstoffe, Gelernterkauf Münzstr. 4, Ludwig Engel. 44/11

Feine Tischbutter Pfd. 0,90—1,00 Mk. Denkbar feinste Tafelbutter à Pfd. 1,10. Carl Einsiedel, Dionskirchstr. 36, Hochmeisterstraße Nr. 13, Wollinerstraße 33.

Hosen! Hosen!

billig Pfandleihe Skalitzerstr. 19. Friseurin empfiehlt sich in und außer dem Hause. Mantuffel-Str. 110a. Briefmarken, einzelne, wie ganze Sammlungen, kauft Kaim, Friedrichstr. 296.

Achtung! Kein Laden.

Kontroll-Schutzmarke. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Marl. Garantie rein amerikanische Tabake. Hippentapf 2 Pfd. 70 Pfg. 1468L* H. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4. Hof part.

Herren-Hüte 1,25

Einsegnungs-Hüte 85 Pf. neueste Façon verkauft das Fabrik-Comptoir, Georgenkirchstr. 5 II.

Mehl- u. Vorkostgeschäfte

mit Rolle wegen Todesf. verl. Ankunst bei Penzke, Graubenzstr. 14. Mägen-Geschäft, flottes, älteres, ist wegen Uebernahme fester Stellung sofort preiswerth zu verkaufen. Zu erfragen bei Wittchen, Invalidenstr. 143.

Milchgeschäfts-Atenillen

und Moshergeräthe, Jordan, Kleine Markstr. 28.

Freunden und Genossen hierdurch die Mittheilung, daß ich am 1. März das Schaufgeschäft von Eigendorf in

Friedrichshagen, Wilhelmstraße Nr. 67, übernehme. Paul Spindler, früher Reichenbergerstraße 118 Englischer Hof Neue Köststr. 3. Festhale und Vereinszimmer.

Fest-Gaal mit Bühne Brunnenstr. 188 (500 Personen) zu Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Tage frei. W. Gründel.

Mart. Berndt's Würstelstube

empfeilt nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendessen. Jeden Sonnabend von 8 Uhr ab: st. Eisbeins. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke

Carl Tutzauer Admiralstr. 38. Säle für Vereine. Kegelbahn noch einige Tage frei.

Wirthshaus „Zum eichenen Stab“

C. Schöning, Stallschreiberstr. 29. Weiß, helles und edles Bier, warme Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit. Vereinszimmer für ca. 60 Personen noch mehrere Tage frei.

Oswald Grauer 121, Oranienstr. 121. Zimmer für Vereine mit Piano, 40-50 Personen fassend. Kegelbahn.

Schulstr. 50

sof. u. später: Wohnungen 1 St. 1 R.

Wolgasterstr. 3-4

sof. u. später: Wohnungen 2 u. 1 St. 1 R.

Maybach-Ufer 2

1 Laden m. Wohn. evtl. m. Verwaltg. 1 St. 1 R. Hinterhaus 1, 2 u. 3 Zr. Wohnungen, keine freundliche, sof. oder später Oranienstr. 25. 2966b

Zwinmünderstr. 33, 35.

Mehrere freundl. Hinterwohnungen z. 1. April 1895 billig zu vermieten. Wohnungen, 1-3 Stuben von 7 bis 30 M. monatlich, sofort od. z. 1. April Dammgassestr. 26. 1633b

Görlicherstr. 42 mehrere freundl.

Hinterwohnungen, v. 204 M. an, zum 1. April 1895 zu vermieten.

Pfärlitzerstr. 18 bill. Wohnungen 1

und 3 Zr. 2946b

Riddort, Hermannstr. 51, bill. Wohn.

Charlottenburg, 10 Min. v. Bahnh., Schloßstr. 38, billige Wohnungen. Charlottenburg, 5 Min. v. Bahnhof, Leibnizstr. 62, 63 bill. Wohnungen.

Kleine Wohnungen verm. sehr

billig Gommolla, Oranienstr. 8. Stube, Küche, Korz., nicht über 2 Zr., sucht i. d. Geg. Hall. Thor für 86 Thlr. Sägmilch, Diefenbachstr. 90, 2 Zr.

Freundl. Schlafz. für 2 Genossen.

Lindenstr. 17, Hof Querg. 1 Zr.

Arbeitsmarkt.

1 tücht. Tischler auf Schreibisch. Beege, Kädendorferstr. 48. 2992b

Schleifen-, Zabels- u. Spitzenkreuzen-

Arbeiterinnen finden lohnende Beschäftigung bei Fränkel & Korr. Kommandantenstr. 15. 3006b

Verfälscherin u. Farbigmacher verl.

Zenghofstr. 21, 2. Hof 3 Zr. [2995b

Schneider auf Holzgriffe u. Beiler

hüde verlangen W. Remmert & Co., Pringenzstr. 36. 3010b

Parteigenosse

(Buchdrucker), welcher seit ca. 8 Jahren die Leitung einer größeren Parteidruckerei mit bestem Erfolge führte u. auch zeitweilig die Redaktion des betr. Parteiorgans besorgte, sucht umständehalber sofort oder bis zum 1. Juli ähnlichen Posten od. Stell. als Korrektor, Expedient oder Setzer. Off. wolle man richten an Karl Fentz, „Volksstimme“, Mannheim. 30006*

Tüchtige Schraubendreher verlangen bei Iohn. Alfred Beuttel u. S. u. d. Brandenburgstr. 6. 3005b

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Sonntag, den 10. März 1895,
im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße Nr. 106:
Abendunterhaltung.
Um 7 Uhr Vortrag des Genossen **Wach** über: Betrachtungen über Moral.
Entree 10 Pf. 40/3 Der Vorstand.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!
Montag, den 11. März, abends 8 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:
Große öffentliche sozialdemokratische
Partei-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht und Abrechnung der Vertrauenspersonen. 2. Bericht der
Revisoren und Wahl eines Revisors. 3. Bericht des Agitations-Kommissions-
Mitgliedes. 4. Bericht der Lokal-Kommission. 5. Bericht der Zeitungs-
Kommissionen. 6. Verschiedenes.
297/12 **F. Waschowski**, Vertrauensmann.

Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
der Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter
im Lokale des Herrn **Kummer**, Berlinerstr. 196.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Gassmann** über: „Die Mißstände im Bau-
gewerbe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.“ 96/4
Es ist Pflicht eines jeden im Bauhandwerk beschäftigten Arbeiters, in dieser
Versammlung zu erscheinen. **Das Gewerkschafts-Kartell.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Heinecke, Friedrichstraße 11:
Bezirks-Versammlung für Friedrichsberg und Rummelsburg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten **Th. Metzner** über: „Die wirtschaftlichen
Krisen und die Arbeitslosigkeit.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Hoffmann, Oranienstraße 180:
Vertrauensmänner-Versammlung für den Südoften.
208/2 Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins.
Sonntag, den 10. März, vormittags 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn **Wilko**, Andreasstr. 26.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Karl Trittelwih**
über: „Die Geschichte der Elektrizität und die Elektrizität im Dienste der
Menschheit.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. 80/11
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Dekateure. Achtung!
(Filiale III. des Textilarbeiter-Verbandes.)
Sonntag, den 10. März, vorm. 10 Uhr bei **Wiencke**,
Alte Jakobstr. 83
Mitglieder - Versammlung.
Tages-Ordnung: 58/3
1. Vortrag des Genossen **A. Hoffmann**. 2. Diskussion. 3. Wahl der
Berufstellen-Vertrauensleute und Ergänzungswahl zum Vorstand. 4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen bittet um pünktliches und zahl-
reiches Erscheinen **Der Vorstand.**

Achtung! Große öffentliche Achtung!
Maurer- und Ruder-Versammlung
Sonntag, den 10. März, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 9. deutschen Maurer-Kongress event. Wahl der
Delegierten zu demselben. 2. Verschiedenes.
Die Vertrauensmänner der deutschen Maurer für Berlin.
August Vogel. Karl Panzer. 189/4

Rummelsburg und Umgegend.
Öffentliche Versammlung
aller in der
Textilindustrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
Sonntag, den 10. März, mittags 11 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Vowinkel**, Hauptstraße 83 (Rummelsburg).
Tages-Ordnung:
1. Die Entwicklung der Arbeit zum modernen Industrialismus.
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Friedrich Harm** (Elberfeld).
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kur Deduktion der Unkosten findet Teilerfassung statt. 848/4
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Charlottenburg.
Achtung! Genossen u. Genossinnen! Achtung!
Volks-Versammlung
Sonntag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr,
im Lokale **Bismarckhöhe**, Wilmersdorferstraße 39.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Fordern die Frauen das politische Wahlrecht?“
Referentin: Genossin **Stille Sander**. 259/9
2. Diskussion.
Genossinnen, zeigt durch zahlreiches Erscheinen, daß es Euch mit
der Forderung des Wahlrechtes ernst ist. **Die Vertrauensleute.**

Achtung!
Sonntag, den 10. März 1895, vormittags 10 Uhr:
Protest-Versammlung
gegen
die Einführung eines Zolles auf Quebracho und alle
ausländischen Gerbstoffe
in **Louis Keller's Festsälen**, Koppenstraße 29,
für alle in der **Leder-Industrie** beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen,
Lohgerber und Lederzurichter, Weißgerber und Lederfärber, Sattler und Tapezierer,
Handschuhmacher, Galanteriewaaren- und Lederarbeiter, alle in der Schuhwaaren-
Fabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Stepper und Stepperinnen,
Färber und Textilarbeiter, Kürschner etc.
Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung eines Zolles auf Quebracho und andere
Gerbstoffe.
Referent: Reichstags-Abgeordneter **E. Wurm**.
2. Diskussion.
Arbeiter und Arbeiterinnen! Bei der großen Bedeutung des in Aussicht ge-
nommenen Zolles für unsere gesamten Erwerbsverhältnisse in der Lederwaaren-
Industrie ist es Eure Pflicht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Auch sämtliche Arbeitgeber und Interessenten sind
hiermit in dieser Versammlung eingeladen.
G. Busse, Lohgerber und Lederzurichter. **Arendt**, Weißgerber. **Dittmer**, Stepper.
Volkman, Sattler und Tapezierer. **Hinz**, Handschuhmacher.
Christian, Galanteriewaaren- und Lederarbeiter.
Willner, Hildebrandt, **German**, Schuhwaaren-Fabrikation. **Wier**, Kürschner.
Bindig, Färber. **Reimann**, Textilarbeiter.
Der Einberufer,
G. Busse, Sophienstraße 28-29.

Bekanntmachung.
Zweiter Nachtrag
zum
Statut der Orts-Krankenkasse
der
Klempner in Berlin
vom 8. Juli 1893.
Artikel I.

§ 13, Absatz 1, Ziffer 3 lautet hinfort:
3. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit
vom dritten Tage nach dem Tage der
Erkrankung ab für jeden Kalendertag
ausschließlich der Sonntage die Hälfte
des durchschnittlichen Tageslohnes (§ 12)
als Krankengeld. Denjenigen jedoch,
die über 14 Tage erwerbsunfähig sind,
wird das Krankengeld auch für die
ersten drei Tage, vom Tage des Ein-
tritts der Erwerbsunfähigkeit ab, nach-
gezahlt.

§ 23, Absatz 2 lautet fortan:
Die Auswahl unter den Kassendirek-
toren steht den Mitgliedern frei; jedoch hat
der Vorstand das Recht, in zweifel-
haften Fällen ein Mitglied dem Ver-
trauensarzt der Kasse oder einem
Krankenhaus (unter Beobachtung der
Vorschriften des § 7 des Kr.-Verf.-G.)
zu überweisen. Ein Wechsel während
derselben Krankheit darf nur mit Zu-
stimmung des behandelnden Arztes und
des Vorstandes erfolgen.

Artikel II.
Vorstehende Bestimmungen treten mit
dem Statute nach statutenmäßig er-
folgender Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 18. November 1894.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse d. Klempner.
W. M. Lich, Vorsitzender.
F. A. Pieschel, Schriftführer.

Vorstehender Nachtrag wird hier-
durch genehmigt. 2993b
Berlin, den 5. März 1895.
Der Bezirksausschuß.
J. M. 842. Kayser.

Orts-Krankenkasse
für das
**Bierbrauer-
Gewerbe**
zu Berlin.
Die durch die Generalversammlung
vom 18. Dezember v. J. beschlossenen
Statuten-Änderungen sind unterm
6. Februar d. J. vom Bezirksausschuß
als II. Nachtrag genehmigt worden.
Druckexemplare des Nachtrags werden
den Herren Arbeitgebern und Mitgliedern
in gewohnter Weise zugehen, bezw. auf
Wunsch im Kassenlokal, Stralauer-
straße 3/6, Zimmer 19, ausgehändigt.
Berlin, den 6. März 1895.
Der Vorstand.
Peterson, 92/1
Magistrats-Kommissar.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Versammlung
Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Deigmüller**, Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: „Die Bedeutung der
Mund-Hygiene.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Kollegen werden noch auf die Wohlthätigkeits-Matinée in Kauf-
mann's Varietés am Sonntag, den 10. März, mittags 12 Uhr, aufmerksam
gemacht. Außerdem wird gebeten, bis zum 17. März mit den Maskenball-
Billets abzurechnen. 204/9 **Der Vorstand.**

Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein
(Filiale Nord).
Sonntag, 10. März, nachmitt. 3 Uhr, in **Pankow**,
Wollankstr. 113:
Wander-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Schäpflin** über: Die Frau
als Ueberbringerin der kapitalistischen Gesellschaft und ihre Befreiung. 2. Dis-
kussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. 126/15
Herren und Damen haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Sozialdemokratischer Verein Vorwärts.
Sonntag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Kummer**, Berlinerstraße Nr. 136:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Pinn** über: „Pharisäer, einß und jetzt.“
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 272/11
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Vorwärts kostet nur 1/4 Liter-Flasche Mk. 1.—



Vorwärts wird überall angeschlossen.
Vorwärts ergibt bei 1/3 Vorwärts und 2/3 Wasser und
etwas Zucker einen ausgezeichneten Punsch.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brantweine,
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Kleiverkauf von 10 Pf. ab.

Achtung!! Vereinshaus, Schönhäuser Allee 28.
Saal zu Festlichkeiten u. Versammlungen, Desillation.
Einige Sonnabend im März noch frei. **Max Mörschel**.

Durch 16598
 Ankauf auf Auktionen und Kontore
 massen bin ich in der Lage, jedes Stück
 billiger zu verkaufen als alle anderen
 Geschäfte. Ich verkaufe daher:
 Hochelegante Einsegnungs-
 Anzüge von 9,50 M. an
 Hochfeine Herren-Sommer-
 Paletots von 8,75 " "
 Elegante Damenmäntel und
 Jaquets von 5,50 " "
 Hocheleg. Herrenanzüge v. 12,50 " "
 Hocheleg. Herrenhosen von 2,75 " "
 Leder- und Arbeitshosen zu 2,35 " "
 Hocheleg. Kellner-Jaquets
 und Hosen von 4,75 " "
 Knaben- und Burschenanzüge in allen
 Größen. Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche,
 Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel,
 Revolver, Leuchtinge, Gewehre, Har-
 monika's Betten, Uhren, Ketten, Ringe
 u. s. w. zu enorm billigen Preisen.
Gustav Lucke, Waarenhaus,
 131. Oranienstr. 131.

Julius Lindenbaum,
 BERLIN O.,
 Gr. Frankfurterstraße 139, nahe der Fruchtstraße
 empfiehlt sein großes Lager eleganter, fertiger
Herren-Garderoben
 in nur guten Stoffen und neuesten Façons (auch für starke Figuren) zu
 äußerst billigen aber streng festen Preisen.
Spezialität:
 Anfertigung nach Maass, wozu die neuesten und besten
 Fabrikate stets auf Lager halte.
 Zuschneider im Hause.
 Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines
 Geschäftes.

Sophabezug-Nette
 Tischdecken-Nette, Portieren-Nette, Gar-
 dinen-Nette am billigsten Gröner Weg 57.
**Möbel-
 Gelegenheitskauf**
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen
 von 200-1000 M. Teilzahlung ge-
 stattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-
 Kleiderstühle und Vertikons 30 M.,
 einfache 15 M., Sophas, Bettstellen
 mit Matratzen 20 M., Waschtisellen,
 Küchenstühle, Kommoden 12 M.,
 Stühle 8 M., Sophas, Sophasette 6 M.,
 Säulen-Trumcar 65 M., Plüsch-
 garnitur 60 u. 100 M., Aufschlupfen
 40 M., Paneelesopha 80 M., Buffets,
 Silberschränke, Herren-Schreibtische,
 Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau,
 Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu
 halben Preisen und sollte es niemand
 verkümmern, der gut und reell kaufen
 will, mein großes Lager zu besichtigen.
 Bekaupte Möbel werden bis 1. April
 kostenfrei aufbewahrt, transportiert
 und aufgestellt.
 16842*
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

**In
 Roh-
 Tabaken
 and Utensilien für
 Cigarren-Fabrikanten
 !! billigster
 Einkauf!!**
W. Hermann Müller
 Berlin
 Alexanderstr. 22.
 Streng reelle Bedienung.
 Creditgewährung
 nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Hut-Engros-Geschäft
 von 1741L*
Alwin Sussmann, Holzmarktstraße 38, part. rechts.
 Grösste Auswahl in dieser Branche.
 Steife und weiche Herrenhüte von 2,-, 2,40. Extra-Qualität 2,80. Kinderhüte von 1,- an.
 Cylinderhüte von 5-10 M. Chapeau-Claques 9-12 M.

Ausverkauf
 v. Möbeln, Spiegeln u. Polster-
 waaren wegen Aufgabe des Laden-
 geschäfts zu herabgesetzten Preisen
 von
Julius Apelt,
 Sebastianstr. 20.

Gelegenheitskauf
 für Beamtente: Im Möbelspeicher
 Neue Köditzstr. 59, vorn L. sollen über
 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
 Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel
 spottbillig verkauft werden. Ganze
 Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.
 Teilzahlung gestattet. Beamten ohne
 Anzahlung. Kleiderstühle 15, Küchen-
 stühle, Kommoden 12, Sopha 15 M.,
 Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
 18, Nussbaum-Kleiderstühle 30, Stühle
 8 Mark, hochfeine Nusskleiderstühle
 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
 schreibische, Damenschreibische 30,
 Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15
 Mark, Garderobenspenden, Paneelesopha
 75, Buffets, Trumcars 65 M.,
 Betten, Couffentische, alles spott-
 billig. Auch einzelne Gegenstände
 werden zu Engrospreisen verkauft.
 Empfehle allen Herrschaften, mein
 größtes Möbellager Berlin zu be-
 sichtigen u. sich von den staunend billigen
 Preisen zu überzeugen. Bekaupte Möbel
 können bis April kostenfrei stehen
 bleiben und werden durch eigene Ge-
 spanne transportiert und aufgestellt.

M. Schulmeister
 Schneidermeister,
 Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
 empfiehlt zur bevorstehenden Saison nachstehende Spezialartikel:
Einsegnungs-Anzüge, 1- und 2reihig, in rein-
 wollenem Satin, Kammgarn u. glatten Tuchstoffen von M. 12 an.
Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwirnstoffen,
 1 u. 2reihig 18-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Kammgarn,
 Cheviot u. Satin-Stoffen, 1 u. 2reihig 20-35
Jaquet-Anzüge modernster Farben in Satin u. eng-
 lischen Cheviot-Stoffen, elegante Ausführung 22-36
Koch-Anzüge in guten, wollenen, schwarzen Kam-
 garn- und Satin-Stoffen, moderner Façons 25-38
Gehrock-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und
 Kammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45
Paletots, eckfarbig in Satin und Diagonal 15-30
Paletots in hochfeinen Kammgarn- u. Cheviot-Stoffen 20-35
Paletots, Sackfaçons, ohne Naht 18-27
Reinleider in dauerhaften, wollenen Stoffen, versch.
 Farben, Kammgarn und Cheviot 5-10
Reinleider, in engl. Dessins und engl. Façons 8-14
 Knabenpaletots, Knabenanzüge kleidsamer Façons in großer Auswahl.
 Schulanzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen,
 1- und 2reihig re. 17462*

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen
 und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt
 unter meiner persönlichen Leitung gut und billig
 ausgeführt.

Einsegnungs-Anzüge
 in blau und schwarz, Kammgarn und Cheviot zu sehr billigen, aber
 festen Preisen. **J. Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**
 16948*
 Feste Preis. Spezial: Anfertigung nach Maass. Feste Preis.

Halb und Halb.
**Mampe mit
 Pomeranzen**
 Feinste Likörmischung
 Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
 Berlin, Veteraniensstr. 24.
 Ueberall zu haben!

Jede Uhr
 reparieren u. reinigen kostet
 bei mir unter Garantie des
 Gutgehens nur 1,50 M.,
 außer Bruch, keine Re-
 paraturen billiger. Großes
 Lager neuer u. gebrauchter
 Taschenuhren, Regulatoren u. Wieder-
 alle Arten Ketten, sowie Brillen und
 Pincenez. 18998*
Carl Lux, 34. Chausseest. 34.
 Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Cigarren bedeutend billiger als in jedem
 Ladengeschäft verkauft das
Cigarren-Fabriklager von Paul Jahn
 131 d Friedrichstraße 131 d, 2. Hof part., Ede Karlstraße.
Probekisten à 100 Stück ohne Preisauflschlag.
Einzelverkauf, jedoch nicht unter 10 Stck., zu Fabrikpreisen.
Nordhäuser Kantabak 3 Rollen 10 Pf.
 Billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer!
 Fernsprecher Amt III Nr. 302.

Brenn- und Politur-Spiritus, Prima Spirit liefern Wieder-
 treibenden zu sehr billigen Preisen Hermann Meyer & Co., Berlin, Brunnenstr. 39.
Jede Uhr 
 zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur
 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Keine Reparaturen billiger. Großes Lager
 neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silberne
 Cylinder-Memontoirs, 6 Steine, von 12 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an,
 goldene Damen-Memontoirs, 14 Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silber-
 waaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.
 5486L* Uhrmacher. Chausseest. 78

Schuh u. Stiefel
 mit Kontrollmarke. (1492L*)
 Empfehle mein Schuh- und Stiefel-
 Geschäft Gr. Kadow. i. Winter-Artikeln.
Louis Zaake,
 Rüstener Platz Nr. 8.
 66 Umsonst 66

**Arbeiter
 nur
 Hüte
 mit
 Kontrollmarke**
**Parteigenossen
 O. Gerholdt,
 Dresdener
 Straße Nr. 2**
 (am Kottbuser Thor).
 Größtes Lager in Sonnen- u. Regenschirmen.

Alle soliden Herren-
 tüche, Cheviot, Kammgarn u. s. w. von den einfachsten bis zu den feinsten,
 liefert zu Fabrikpreisen die **Aachener Tuch-Industrie, Aachen, Franz-
 Straße.** Reichhaltige, gediegene Musterauswahl kostenlos an jedermann!
Spezialität: Monopol-Cheviot, 3/4 m, schwarz, blau od. braun,
 zu einem soliden, mo- zehn Mark! Direkter Bezug vom Fabrikort Aachen,
 bernen Anzug! weltbekannt durch seine guten, reellen
 Tuchwaaren! Ohne Konkurrenz! 284M

Wichtig für Jedermann!
 Gegen wollene Lumpen aller Art liefern moderne, haltbare Kleider-
 Interros- und Säuerstoffe, Schlafdecken, Teppiche, sowie Rudoklin,
 blau Cheviot und Foden anerkannt billig. - Muster frei.
Gebrüder Cohn, Ballenstedt a. Harz 7.
 Sammelstelle und Musterlager in Berlin: NW., Lübeckerstr. 36 u. l.
 bei Frau S. Jablonsky, sowie in deren Filialen: U., Hirtenstr. 21 und
 Prenzlauerstraße 18, bei E. Baum; N., Henskirch-Platz 3 bei
 A. Goebler. 1465L*

Alte Jakobstraße 93 Wilhelm Bursch, Alte Jakobstraße 93
 (an der Seydelstraße).
Gröfning des Ersten Berliner Spezial-Geschäfts
 für sämtliche Artikel zur Polsterei und Dekoration, insbesondere: Teppiche, Gardinen,
 Portièren, Möbelstoffe, Polstermaterialien etc. Einzelverkauf zu Engros-Preisen.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
 Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchen-
 möbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, SW. Blücherstr. 14.

Martin Klein,
 Uhrmacher,
 25 Neue Hoch-Strasse 25
 Lager aller Arten Uhren.
 Reparaturen zu soliden Preisen

**C. Götz, Leipziger-
 str. 123.**
 Medoc Extrae pr. Fl. 1,15
 Cantenac 1,20
 Coles de Bourg 1,20
 Medoc St. Julien 1,45
 Château Puygac 2,20
 Zellinger (Mosel) 0,60
 Cognac Renard Fils u. Co. 2,20
 Bisquit Dubouché u. Co. 3,00
 Giercognac (Mocvat) 2,60
 Rum, Arac 2,00
 Lieferung frei Haus oder Bahnhof
 Berlin, Fernspr. N. VI. 4653.

Alte Jakobstraße 93 Wilhelm Bursch, Alte Jakobstraße 93
 (an der Seydelstraße).
Gröfning des Ersten Berliner Spezial-Geschäfts
 für sämtliche Artikel zur Polsterei und Dekoration, insbesondere: Teppiche, Gardinen,
 Portièren, Möbelstoffe, Polstermaterialien etc. Einzelverkauf zu Engros-Preisen.

Grösstes Modewaaren-Verkaufshaus des Ostens.

M. Löwinsohn,

Inhaber: **L. N. Jacob,**

Grüner Weg 32. Ecke Andreasplatz. Grüner Weg 32.

3 Minuten vom Schlesischen Bahnhof. — Pferdebahn-Verbindung aus allen Stadttheilen.

Verkauf nur gegen Baar zu streng festen Preisen.

Infolge des grossen Feuerschadens mussten meine Geschäftsräume bis jetzt geschlossen bleiben.

 **Die Wiederöffnung** 

findet am **Montag, den 11. März** statt.

Alle Waaren, welche infolge des Feuerschadens hauptsächlich durch Wasser beschädigt worden sind, werden gemeinsam mit grossen Partien in Seidenstoffen, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaaren, Teppichen, Gardinen, Tricotagen, Tischdecken, Portièren etc.

zu aussergewöhnlich billigen Preisen

für den Verkauf ausgelegt sein.

Beispielsweise nachstehend einzelne **Gelegenheitskäufe!**

Kleiderstoffe, doppeltbreit,
per Meter **50 Pf., 60 Pf., bis 3,50 M.**

Cheviot für Kleider, doppeltbreit,
reine Wolle, per Meter **60 Pf., bis 2,50 M.**

Foulards mit reicher Muster-Auswahl, reine Seide,
per Meter **1,00 und 1,95 M.**

Reinseidene Merveilleux
(schwarz) für Kleider, Meter **1,10 bis 6,50 M.**

Reinseidene Merveilleux
in allen Farben, per Meter **1,50 bis 6,50 M.**

**Alle Neuheiten in Kleiderstoffen,
Seidenstoffen bedeutend unter
Preis.**

**Reste in Wolle und Seide für die
Hälfte des wirklichen Werthes.**

Seidene Rosen
in allen Farben, Stück **5 Pf.**

Veilchen, das Dutzend **5 Pf.**

Handschuhe
für Damen, Paar **5 Pf. und 20 Pf.**

Reinseidene Damen-Handschuhe,
6 Knopf lang, farbig **50 Pf., echt schwarz 60 Pf.**

Damenstrümpfe,
echt schwarz, deutsch-lang, Paar **20 Pf.**

Damenstrümpfe, allerbestes Fabrikat, deutsch-
lang, garantirt echt schwarz, Paar **50 Pf.**

Hemdentuch,
80 cm breit, für Hemden etc., Meter **18 Pf. bis 50 Pf.**

Loussianna-Tuch,
bestes Fabrikat, 20 Meter für **8,00 M.**

Damen-Anstands-Röcke,
mit Languetten **95 Pf.**

Damen-Unterröcke,
grösst. Sortim., solides Fabrikat, **1,65 bis 25,00 M.**

Sonnenschirme
auf Hohlgestell, Stück **1,00 M.**

Handtücher,
das Dutzend **1,50 bis 10,00 M.**

Tischtücher,
rein Leinen, **1,10 bis 6,50 M.**

Taschentücher
in weiss und mit bunter Kante, gesäumt **1,80 bis 10,00 M.**

**Reichhaltige Auswahl in Costümen und Confections für Damen und Kinder.
Damen- und Kinder-Wäsche eigenes Fabrikat zu Fabrik-Preisen.
Täglicher Eingang von Neuheiten für Frühjahr und Sommer.**